Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

252 (12.9.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in den Ausgabestellen abgeholt monatlich M 100.—, frei Haus geliefert monatlich M 110.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen M 110.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr M 110.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 4.— Sonntags 5.— M.

Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum M 15.—; auswärts M 20.—; Familienanzeigen u. Stellengesuche M 9.—; Reklamezeile M 50.—; an erster Stelle M 60.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 208. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Johs; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Isaler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 252. — Dienstag, den 12. September 1922 — Erstes Blatt.

Neue Verhandlungen in Paris.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Staatssekretär Bergmann und der Vorsitzende der Kriegslastenkommission Dr. Fischer haben sich heute nach Paris begeben, um sich zur Verfügung der Reparationskommission zu halten. Man nimmt an, daß die Reparationskommission spätestens Ende der Woche die Entscheidung darüber fällen wird, ob die sechsmonatliche Frist, die für die Schatzwechsel vorgesehen ist, auf achtzehn Monate verlängert werden kann, wie das Angebot der deutschen Regierung an die belgische Delegation es vorsah. Die Möglichkeit der Zustimmung der Reparationskommission zu diesem Angebot ist um so mehr gegeben, als im Falle der Ablehnung gemäß dem Beschluß der Reparationskommission die Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgen müßte. An dieser Beschlagnahme hat aber selbst die französische Regierung kein Interesse, da die Zahlungsfähigkeit der deutschen Republik durch eine Beschlagnahme nur noch in erhöhterem Maße herabgemindert würde, während Frankreich von diesem Golde selbst nichts erhalten würde. Da auch die belgische Regierung offenbar bestrebt ist, zu einer Verständigung zu gelangen, und die Engländer ihre vermittelnde Haltung während der Verhandlungen bewiesen haben, so würde die Zustimmung der Reparationskommission zu dem deutschen Vorschlag nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern auch im Gebiete der politischen Vernunft liegen. Erst nach der Lösung der belgischen Frage wird es möglich sein, das gesamte Problem der Reparationsfrage auf den Wunsch der französischen Regierung hin nochmals durchzusprechen.

Von einer neutralen Seite, die während der Verhandlungen stets eine wohlwollende Haltung Deutschland gegenüber eingenommen hat, und die an den Verhandlungen nicht ganz unbeteiligt war, wird mitgeteilt, daß die öffentliche Meinung der Welt von der deutschen Regierung jetzt allerdings Aktivität und Initiative erwarte, und zwar in der Richtung der Organisation einer Garantieleistung der deutschen Industrie. In welcher Form dies zu geschehen hat, müsse natürlich den Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der deutschen Regierung überlassen bleiben, aber der Wille zu diesen Maßnahmen muß jetzt durch die Tat so schnell wie möglich bekundet werden. Da die Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands in erheblichem Maße von den kommenden politischen Entscheidungen abhängt, so muß die Industrie selber ein lebhaftes Interesse an der Lösung der Frage haben, zu der sie am besten durch eigene Mitarbeit beitragen kann.

Fischer und Bergmann in Paris.

Berlin, 11. Sept. (Drahtber.) Staatssekretär Bergmann und Staatssekretär Fischer sind, wie die Blätter melden, im Auftrage der Reichsregierung nach Paris abgereist. Sie sollen sich dort der Reparationskommission zur Verfügung halten, falls diese bei einer eventuellen nochmaligen Beratung der Reparationszahlungen an Belgien deutsche Vertreter zu hören wünscht.

Kein Abbruch, sondern Unterbrechung.

London, 11. Sept. Die „Times" melden aus Brüssel, daß die Abreise der belgischen Delegierten aus Berlin nicht als endgültiger Abbruch der Verhandlungen angesehen werden dürfe. Ministerpräsident Theunis werde die Frage einem morgen stattfindenden Ministerrat unterbreiten.

Das Kreiselspiel der Reparationen. Erneute Verweisung an die Reparationskommission.

b. **Berlin,** 11. Sept. (Eig. Drahtber.) Es ist auf Grund der in Berliner unterrichteten Kreisen vorliegenden Meldungen, wie das „8 Uhr-Abendblatt" meldet, anzunehmen, daß die belgische Regierung etwa folgende Entscheidung treffen wird: Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Brüsseler Kabinett sich an die Reparationskommission wenden und dieser die deutschen Vorschläge unterbreiten. Mit anderen Worten, die belgische Regierung wird abermals die Reparationskommission zu einer Entscheidung veranlassen. Nach Ansicht unterrichteter Berliner diplomatischer Kreise dürfte Frankreich nicht geneigt sein, dem Verlangen der chauvinistischen Presse zur Feststellung einer Verfehlung nachzukommen. Trotz des wichtigen Einflusses, den die französischen Vertreter in der Reparationskommission haben, dürfte diese voraussichtlich wieder einen Kompromißweg einschlagen

Man glaubt, zu wissen, daß die Reparationskommission sich auf folgenden Standpunkt stellen werde: Eine Verlängerung der Schatzwechsel auf zwölf Monate könne Deutschland bewilligt werden. Es müsse aber gleichzeitig verlangt werden, daß ein entsprechendes deutsches Golddepot im Betrage von hundert Millionen Goldmark für die Dauer der Lauffrist der Schatzwechsel bei einer neutralen Bank hinterlegt werde.

Kein Wiederaufbauvertrag mit Belgien?

w. **Bremen,** 11. Sept. Zu dem Gerücht, wonach Präsident Heinecken vom Norddeutschen Lloyd mit Hugo Stinnes beim Reichsfinanzminister über den Abschluß eines Wiederaufbauvertrages mit Belgien und die Regelung belgischer Schiffahrtsfragen in Antwerpen verhandelt haben, wird der „Weserzeitung" von Präsident Heinecken mitgeteilt, daß ihm von solchen Verhandlungen nichts bekannt sei.

Cox für schnelle Lösung der Reparationsfrage.

b. **New-York,** 11. Sept. (Eig. Drahtber.) Bei seiner Ankunft in New-York erklärte der bekannte Senator Cox, daß im Augenblick die wichtigste Frage in Europa die Reparationen und nicht etwa der Völkerbund sei. Nach seiner Meinung würde sich Frankreich einem amerikanischen Schiedsspruch in der Reparationsfrage beugen. Die Stimmung in Frankreich sei gegenwärtig derart unfreundlich gegenüber England, daß Frankreich eine englische Entscheidung in der Reparationsfrage nicht annehmen würde.

Keine Sanktionen.

Paris, 11. Sept. (Drahtber.) Die „Action francaise" kommentiert heute morgen eingehend die Unterbrechung der deutsch-belgischen Verhandlungen. Das Blatt äußert die Ueberzeugung, daß die Reparationskommission sich auch diesmal wieder auf ein Kompromiß einigen werde und Sanktionen keinesfalls zu erwarten seien.

*

Spanische Stimme gegen die französische Erpresserpolitik.

Madrid, 11. Sept. (Drahtber.) Das Blatt „Information", dessen ausgesprochene Tendenz franzosenfreundlich ist, verlangt in einem Leitartikel die Beendigung der französischen Bedrückungspolitik gegenüber dem zahlungsunfähigen Deutschland, dem geholfen werden müsse.

Alfons und Millerand.

Madrid, 11. Sept. (Drahtber.) Der König stattete in San Sebastiano anläßlich der Elcano-Feier den anwesenden fremden Kriegsschiffen einen Besuch ab und sandte nach seinem Besuch auf französischen Kreuzern dem Präsidenten Millerand ein Sympathietelegramm. Der Minister des Aeußern gibt von dem Empfang eines Glückwunschschreibens der belgischen Regierung Kenntnis.

Der griechisch-türkische Krieg. Smyrna gefallen.

t. **Konstantinopel, 11. Sept. Ein drahtloses Telegramm aus Smyrna teilt die Uebergabe der Stadt an die Türken mit.**

Die Uebergabe Smyrnas.

t. **Paris,** 11. Sept. Ueber die Uebergabe Smyrnas an die türkischen Truppen wird hier zusammenfassend folgendes berichtet: Die türkischen Kolonnen waren in der Umgebung der Stadt am Morgen des 9. September eingetroffen und erwarteten Verstärkungen, bevor sie in die Stadt, die von den griechischen Truppen zum größten Teil geräumt war, einzogen. Sie erließen sofort Proklamationen, worin sie erklärten, daß die Bevölkerung von Smyrna von der türkischen Besetzung nichts zu befürchten habe. Als diese Proklamationen in der Stadt bekannt wurden, begab sich eine ungeheure Zahl von in der Stadt ansässigen Türken nach der Bannmeile, um den kemalistischen Truppen entgegenzugehen. Im Verlaufe des Nachmittags zog dann die 2. Kavalleriedivision der kemalistischen Truppen unter ungeheurem Beifall der Bevölkerung in die Stadt ein. Der kommandierende Oberst setzte sich sofort mit den alliierten Behörden der Stadt in Verbindung und erklärte nochmals, daß die Ausländer nichts zu befürchten hätten. Alle öffentlichen Gebäude und Konsulate sind von französischen und italienischen Soldaten bewacht. Kein einziger griechischer Untertanen befindet sich noch in der Stadt. Nach der zweiten Kavalleriedivision zog dann die 5. kemalistische Division in die Stadt ein. Den griechischen Truppen war es nicht gelungen, das ungeheure Kriegsmaterial, das sie in der Stadt konzentriert hatten, zu retten. Die in der Stadt zurückgebliebenen Reste der griechischen Armee wurden gefangen genommen.

Stimmungsbild aus Smyrna.

London, 11. Sept. (Drahtber.) Nach einer Havasmeldung aus Adana geben die letzten Meldungen aus Smyrna folgendes Bild von der gegenwärtigen Lage: Beim Beginn der Besetzung durch die Türken war die Umgebung voll von Flüchtlingen, die weder Obdach noch Nahrung hatten. Aus den angrenzenden Gebieten wurde die schleunige Uebersendung von Lebensmitteln nach Smyrna gefordert. Außerdem hat der türkische Platzkommandant um sofortige Uebersendung von Arznei- und Krankenpflegemittel sowie Pflegepersonal ersucht, um den Kranken in den Hospitälern zu helfen. Außer Typhus herrsche in der Stadt auch Cholera. Während der griechischen Besetzungszeit haben die Griechen viele Denkmäler und Häuser zerstört.

Siegesfeiern der Türken.

London, 11. Sept. (Drahtber.) „Daily Mail" meldet aus Konstantinopel, daß dort von den Türken große Siegesfeiern veranstaltet werden.

Die Meerengenfrage.

Paris, 11. Sept. (Drahtber.) Der südslavische Gesandte in Rom hat gestern abend dem italienischen Minister Schanzer mitgeteilt, daß die Kleine Entente es nicht zulassen werde, daß das Statut der Meerengen, wie es die Friedensverträge von Neuilly und Trianon vorsehen, abgeändert werde.

London, 11. Sept. (Drahtbericht.) Der „Times" zufolge wird in britischen, amtlichen Kreisen erklärt, Mustafa Kemal Pascha habe Vertreter der alliierten Oberkommission und den griechischen Oberbefehlshaber eingeladen, mit ihm zusammenzutreffen, um Waffenstillstandsbedingungen zu erörtern. Man glaube in amtlichen Kreisen, es sei wesentlich, daß die Alliierten den Türken ohne Verzug eine geschlossene Front gegenüberstellen. Mustafa Kemal Pascha hoffe vielleicht, die englische, französische und italienische Regierung gegeneinander ausspielen zu können, er würde jedoch zögern, drei Mächte in ihrer Gesamtheit herauszufordern. Die britische Regierung bleibe entschlossen, auf der Aufrechterhaltung der Freiheit der Meerengen um jeden Preis zu bestehen.

London, 11. Sept. (Drahtber.) Der Pariser Berichterstatter der „Sunday-Times" erfährt von maßgebender Seite, wenn es zu Erörterungen der Friedensbedingungen kommen werde, so werde Frankreich wohl die türkischen Ansprüche in Thrazien unterstützen, jedoch auf der Aufrechterhaltung der Freiheit der Meerengen bestehen. Frankreich und Großbritannien seien in diesem Punkte unnachgiebig.

t. **Paris,** 11. Sept. Laut „Intransigeant" erklärte der Pariser Vertreter Angoras, die Kemalisten würden die Dardanellen in Besitz nehmen, welche Truppen auch immer sich dort befinden.

Auflösung der griechischen Armee.

London, 11. Sept. (Drahtber.) „Daily Telegraph" meldet aus Smyrna, daß die griechische Armee vollkommen disziplinlos geworden sei und auf ihrem Rückzug alles eingeäschert habe. Nur die zweite Division habe sich verteidigt, habe sich aber gegen die Gesamtheit der türkischen Streitkräfte nicht halten können.

Die Griechen räumen Thrazien.

t. **Paris,** 11. Sept. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, sollen die Griechen angefangen haben, ihre Truppen von der Tschataldscha-Linie zurückzuziehen; sie seien entschlossen, Thrazien zu räumen.

König Konstantin an sein Volk.

t. **Athen,** 11. Sept. König Konstantin richtete an das griechische Volk eine Proklamation, in der er erklärte, daß der seit 10 Jahren siegreichen griechischen Armee ein Unglück zugestoßen sei, daß aber das griechische Volk die Pflicht habe, das Unglück geduldig und mutig zu tragen. Er werde alles tun, was die Verfassung als zulässig erachtet.

Flottendemonstration.

London, 11. Sept. Nach einer Meldung der „Daily Mail" haben alle Schiffe der englischen Mittelmeerflotte, die sich noch nicht in den türkischen Gewässern befinden, Befehl erhalten, nach Smyrna zu fahren. Die französischen Kreuzer „Metz" und „Straßbourg" wurden gleichfalls in den türkischen Gewässern beobachtet.

Das Eingreifen der Alliierten.

t. **Konstantinopel,** 11. Sept. Die französischen Militärbehörden in Konstantinopel haben der Regierung von Angora mitgeteilt, daß sie zum Schutz der eingeborenen Bevölkerung zwei Divisionen französischer Infanterie nach Brussa senden. Die englischen Militärbehörden haben beschlossen, ihre Flottenbasis von Konstantinopel nach Mutros auf der Insel Lemnos am Eingang der Dardanellen zu verlegen.

Das neue griechische Kabinett.

Paris, 11. Sept. Nach einer Meldung des „Matin" aus Athen ist das Kabinett mit Triandophyllakos als Ministerpräsident gebildet worden. Minister des Aeußern ist Maleaeropulos.

Oesterreich vor dem Völkerbund.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

Bundeskanzler Dr. Seipel hat vor dem Völkerbund in Genf gesprochen. Seine Rede hat an Energie nichts zu wünschen übrig gelassen, klar und deutlich hat er die große wie die kleine Entente auf die Folgen eines Zusammenbruches von Deutsch-Oesterreich aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß es mit der bisherigen Brosamenpolitik nicht getan sei. Denn das war der Fluch jedweder Hilfeleistung, die Oesterreich bis zur Stunde zuteil wurde. Zu wenig und das Wenige nicht auf einmal, sondern immer erst wenn der eine Vorschuß aufgezehrt war, kam nach langen Bitten der andere, um notdürftig das Leben der Bevölkerung zu fristen. Hätte man die Dollar, Pfunde, Francs und Lire Oesterreich auf einmal gegeben, nie wäre es so weit gekommen. Statt dessen kann man die Politik der Mächte gegenüber Oesterreich mit den Worten kennzeichnen, womit Grillparzer den Fluch des alten Oesterreich gekennzeichnet hat: „Mit halben Mitteln auf halben Wegen zu halben Zielen zaudernd zu streben." Die Mächte glaubten Riesiges zu leisten, wenn sie beispielsweise 2 Millionen Pfund zur Verfügung stellten. Sie vergaßen, daß diese Summe, so ansehnlich sie auch sein mochte, binnen Monatsfrist verschwunden sein mußte, da es nötig war, Brot, Kohle und Zucker für den in St. Germain wirtschaftlich so furchtbar zugerichteten Staat herbeizuschaffen.

Soll mithin das wieder gut gemacht werden, was der Friedensvertrag angerichtet hat, so ist es nötig, Deutsch-Oesterreich Ersatz für die verlorenen Hilfsquellen zu schaffen. Dazu bedarf es eines Kredites von 12—15 Millionen Pfund. Ein solcher Kredit wäre übrigens auch früher bereits zu erreichen gewesen, wenn nicht beim Friedensschluß das Generalpfandrecht auf sämtliche Aktiven Oesterreichs gelegt worden wäre. Nach jahrelangen Verhandlungen hat sich die Reparationskommission herbeigelassen, diese Hypothek wenigstens für Zölle, Domänen und Forste auf 20 Jahre zurückzustellen. Sollen nunmehr private Gläubiger wirklich ausreichende Kredite geben, dann wird das Generalpfandrecht auf die übrigen Einnahmen des Staates, wie Tabak und Eisenbahnen, zurückgestellt werden müssen, damit Oesterreich wiederum kreditfähig wird. Bisher scheiterte die Suspendierung des Pfandrechtes lediglich an dem Einspruch Rumäniens, das dafür Befreiung von den Schulden an die große Entente verlangte. Es fehlte mithin nur das Tüpfelchen auf dem i, auf der Hypothek der künftigen Gläubiger Oesterreichs. Man sollte meinen, daß dieser Schönheitsfehler denn doch zu beseitigen wäre.

Einem Staate in Not geht es nicht anders wie einem in Not geratenen Kaufmann. Wie dieser muß auch der Staat trachten, falls er mit seinen eigenen Mitteln nicht auskommt, fremde Herbeizuziehen, um lebenswichtige Einrichtungen zu schaffen. Nur durch ausreichende fremde Mittel kann Oesterreich für seine an Ausdehnung geringe Landwirtschaft jene Hilfsstoffe beschaffen, die nötig sind, um die Bevölkerung nicht nur zwei Monate, sondern den größten Teil des Jahres zu erhalten. Nur durch Ausbau der Wasserkräfte kann es Ersatz für die dem Lande zum größten Teil fehlende Kohle finden. Nur wenn ausländische Kredite vorhanden sind, wird es für einige Zeit nicht nötig sein, ausländische Devisen zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen in Anspruch zu nehmen, wodurch andernfalls die Krone immer tiefer heruntergedrückt wird.

Wie ein ordentlicher Kaufmann wird Deutsch-Oesterreich aber auch bemüht sein müssen, neue Einnahmen zu schaffen. Erst durch die Kredite erhalten diese Einnahmen einen Wert, denn wenn die neuen Steuern noch so hoch sind, infolge der steten fortschreitenden Entwertung der Krone werden sie, solange nicht die Währung durch einen ausländischen Kredit Halt bekommt, völlig unzureichend. Ein Beweis hierfür würde die Zwangsanleihe sein, die nunmehr in einer Höhe, die nicht weit von der Billion entfernt wäre, zur Verschreibung gelangen soll und die trotzdem kaum für anderthalb Monate ausreichen würde.

Denn auch das dritte Mittel des Kaufmannes, sich wieder emporzuarbeiten, nämlich die Ausgaben zu vermindern, versagt ohne ausreichende Kredite. Im Monat August bedurfte der Staat für seine Beamten 285 Milliarden Kronen. Aufs Jahr umgerechnet 3¼ Billionen. Im Monat September dürfte sich der Monatsbedarf verdoppeln, der Jahresbedarf auf 6½ Millionen anwachsen. Diese astronomischen Zahlen schreien nach einem Abbau der Beamten; durchzuführen ist dieser aber nur dann, wenn man wenigstens für einige Zeit auf halbwegs sichere Verhältnisse rechnen kann. Wiederum erweisen sich die Kredite als unumgänglich notwendig. Wird Oesterreich abermals enttäuscht, dann ist das Ende nicht abzusehen und die Folge-

wirkungen des Zusammenbruches des in St. Germain geschaffenen Staates würden sich keineswegs auf Oesterreich allein beschränken. Ganz Europa würden sie zu spüren bekommen.

Der Völkerbund.

Der Dank des Völkerbundes.

Der Völkerbund hat das für unmöglich Gehaltene getan, er hat das saarländische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, Dr. Hector, nicht nur in seinem Amt bestätigt, sondern ihm noch ausdrücklich den Dank für seine bisher geleistete Arbeit ausgesprochen. Bekanntlich hatten sämtliche politischen Parteien des Saargebietes und 26 von 28 Abgeordneten des Landesrates beim Völkerbund gegen Dr. Hector Protest eingelegt und in einer Denkschrift einwandfrei nachgewiesen, daß Dr. Hector sich schwere Fälschungen hat zuschulden kommen lassen. Der Beschluß des Völkerbundes, trotzdem zu Dr. Hector zu halten, beweist aufs neue, daß der französische Einfluß in der Völkerbundsversammlung ausschlaggebend ist und daß in Genf auch nicht einmal der Versuch einer unparteiischen Lösung der zur Debatte stehenden Fragen gemacht wird. Der Völkerbund nahm nach Erledigung der Saargebietsangelegenheiten den Bericht der ständigen Mandatskommission über die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien entgegen. In Frankreich und England selbst ist in den Parlamenten vielfach über die schlechte Verwaltung der früheren deutschen Kolonien geklagt worden. Die Völkerbundsversammlung aber sprach ihre volle Anerkennung aus.

Die Kommissionssitzungen des Völkerbundes.

Die österreichische Frage. — Die „Abrüstung".

t. **Genf**, 11. Sept. Der vom Völkerbund eingesetzte fünfgliedrige Ausschuß für Oesterreich begann gestern seine Beratungen in einer vertraulichen Aussprache. Es wurde zunächst die wirtschaftliche und finanzielle Seite der österreichischen Frage besprochen und der Finanz- und Wirtschaftskommission des Völkerbundes eine Reihe von Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Nach Mitteilung der Schweizer Presse soll der italienische Vertreter Marquis Imperiali und der tschechisch-slowakische Delegierte, Ministerpräsident Dr. Benesch, sich gegenseitig versichert haben, daß die völlige Unabhängigkeit Oesterreichs außer Diskussion stehe. Die unbedingte Integrität Oesterreichs wird besonders durch die Tschecho-Slowakei zur Bedingung für eine Finanzhilfe gemacht, um den Anschluß an Deutschland zu verhindern.

In der Abrüstungskommission kam es heute vormittag zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich, die recht lebhaft war. Der Grund für diese Szene war, daß England seinem Bericht an die Kommission vergleichende Tabellen über seine Rüstungen und diejenigen Frankreichs angefügt hatte, wogegen der militärische Vertreter Frankreichs entschieden Protest erheben zu müssen glaubte.

Danzig als polnischer Hafen.

t. **Genf**, 11. Sept. In seiner Rede im Völkerbundsrat prophezeite Hanotaux gestern noch der freien Stadt Danzig ein Wiedererstehen in alter Herrlichkeit als Hafen des Reiches Polen.

Die Arbeiten des Völkerbundes.

t. **Genf**, 11. Sept. Der Völkerbund, der Samstag die Generaldebatte über den Geschäftsbericht beendete, ist nunmehr in das Stadium der Kommissionsberatungen eingetreten, die teils öffentlich teils nicht öffentlich sind.

Frankreich.

Le Trocquers Fronabkommen gebilligt.

Paris, 10. Sept. Der Ministerrat unter dem Vorsitz Poincarés hörte den Bericht des Ministerpräsidenten über die auswärtige Lage an und billigte ein Projekt des Ministers für die öffentlichen Arbeiten, Le Trocquer. In der Ministerratssitzung wurde ferner über den Fortgang der Arbeiten der interministeriellen Kommission Bericht erstattet, die das Programm für die großen Regulierungsarbeiten zu überprüfen hat, die von Deutschland in Frankreich durchgeführt werden sollen. Demnächst wird man die französischen Vertreter ernennen, die mit den deutschen Vertretern zusammentreffen sollen, um nähere Einzelheiten wegen der Durchführung dieser Arbeiten zu besprechen.

Die Bewegung der französischen Seeleute.

w. **Paris**, 11. Sept. Die Vereinigung der Seeleute hat heute beschlossen, daß am Tage nach der Veröffentlichung des Dekretes über die Abschaffung des Achtstundentages die Besatzungen die Schiffe für 23 Stunden verlassen und die von den Verbänden gemeinsam gefaßten Entschließungen abwarten sollen.

t. **Paris**, 11. Sept. In syndikalistischen Kreisen befürchtet man, daß angesichts des jüngsten Erlasses des Unterstaatssekretärs der Handelsmarine, durch den der Achtstundentag abgeschafft werden soll, die Seeleute den Generalstreik erklären. Eine Delegation der Seeleute ist vom Staatssekretär für die Handelsmarine empfangen worden. Auch der Präsident der Republik wird die Seeleute empfangen und soll in letzter Linie als Schiedsrichter fungieren. Man bezweifelt aber, ob eine Einigung zustande kommt.

Ruhe in Paris.

w. **Paris**, 11. Sept. Wie die Morgenblätter melden, sind die gestrigen kommunistischen Kundgebungen bis auf kleine Zusammenstöße ruhig verlaufen. Im ganzen wurden 16 Verhaftungen vorgenommen, 3 Polizeibeamte wurden verletzt.

Clemenceau will nach Amerika.

Paris, 11. Sept. (Drahtber.) Die Absicht des früheren französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, nach Amerika zu gehen, wird von der Presse hier im allgemeinen äußerst günstig beurteilt. Ein Berichterstatter des „Petit Parisien" hat Clemenceau über seine Absichten auf dieser Reise interviewt und Clemenceau hat ihm folgende Andeutungen gemacht:

Kein Mensch spricht von Frankreich und doch ist der Augenblick da, im Verein der Staaten zu sagen, daß sie sich irren, wenn sie glauben, daß wir militaristisch und imperialistisch sind. Wir müssen sagen, daß im Gegenteil das französische Volk die Freundschaft Amerikas verdient. Ich beabsichtige, fuhr er fort, vier Vorträge in Amerika zu halten und gegen 1. November abzureisen. Es ist natürlich von vornherein klar, daß ich keine offizielle Mission annehme und erfülle und daß ich mich ebenfalls zu einem Bankett oder Empfang nicht hergeben werde.

Auf Anfrage des Journalisten, ob er vom Krieg sprechen werde, erwiderte Clemenceau bejahend. Zum ersten, erklärte er, um daran zu erinnern, daß der Zweck des Krieges der Friede ist und im weiteren, um zu sagen, wenn den Verbündeten im Frieden gelassen wird, was sie im Kriege gewonnen haben, würde sich die Welt nicht in einem derartigen Zustande von Depressionen befinden. Den Amerikanern werde ich viel von Frankreich und ein wenig von England erzählen. Auf die Frage, ob er vom Versailler Vertrag sprechen würde, erwiderte Clemenceau: O ja, ich werde ein Wörtchen darüber sagen; man muß sich endlich einmal darüber klar werden, daß dieser Friede den Deutschen jeden Vorwand zu einem Revanchekrieg nimmt. Wenn man den imperialistischen Frieden, welchen die Gegner Frankreichs uns vorwerfen, abgeschlossen hätte, wenn man jetzt in der französischen Kammer vier oder fünf deutsche Protestabgeordnete hätte, wie man sie im Reichstage zwischen 1870 und 1914 hatte, wie würde man dann über Frankreich herfallen? Alles, was ich den Amerikanern sagen werde, werde ich einfach und klar sagen, weil die Amerikaner einfache und gerade Dinge lieben und weil die Amerikaner unsere größten Freunde (? Red.) sind.

*

Unsere Regierung wird gut tun, diese Propagandareise des Tigers mit etwas Aufmerksamkeit zu verfolgen. Vielleicht empfiehlt sich auch die Organisation einer kleinen Gegenpropaganda.

Aus dem besetzten Gebiet

Das „Deutschlandlied" bleibt im besetzten Gebiet verboten.

Paris, 11. Sept. Wie der „Matin" meldet, hat die Interalliierte Rheinlandkommission auf die amtliche Mitteilung des deutschen Reichskommissars, daß das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" jetzt die deutsche Nationalhymne sei, einstimmig die Antwort erteilt, daß sie ihr Verbot des Singens dieses Liedes im besetzten Gebiet nicht zurückziehe.

Buch- und Zeitungsverbote im besetzten Gebiet.

Paris, 11. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission das Buch von Wilhelm Hiller „Vor großen Katastrophen" und die Broschüre „Warum ich auf der Auslieferungsliste stehe", Verlag von Lehmann in München, verboten. Außerdem sind folgende Zeitungen für drei Monate verboten worden: „Rheinischer Beobachter", „Hamburgischer Korrespondent" und „Miesbacher Anzeiger".

Oberschlesien.

Austausch der Ratifikationen.

Berlin, 11. Sept. (Drahtber.) Am 4. September hat der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem am 21. Juni 1922 in Oppeln unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommen über die Gewährung von Straffreiheit im oberschlesischen Abstimmungsgebiet und dem dazugehörigen Schlußprotokoll stattgefunden.

Neue Unruhen in Kattowitz.

w. **Kattowitz**, 11. Sept. Wegen der Nichteinhaltung der vereinbarten Vorschußzahlungen fanden wieder ernste Krawalle statt. Die Demonstranten verteilten sich in mehrere Gruppen und zogen vor verschiedene Kaffeehäuser, um dort angebliche Schieber herauszuholen und zu lynchen. Ein Zuckerwarengeschäft wurde gestürmt und ausgeraubt und die ganze Ladeneinrichtung zertrümmert. In verschiedenen Wohnungen wurden die Fenster eingeschlagen. Ein Bäckerladen wurde geplündert, Gegenstände umgeworfen und das Obst weggenommen.

Kattowitz, 11. Sept. Die Unruhen haben im Laufe des gestrigen Tages auf die Bismarckhütte übergegriffen. Dort ist es gleichfalls zu Plünderungen gekommen. Mit der Fortsetzung der Unruhen wird gerechnet. Das Truppenaufgebot in Kattowitz ist in den letzten Tagen erheblich verringert worden, weshalb ein Eingreifen des Militärs nur schwer möglich war.

Ausnahmezustand in Kattowitz.

Kattowitz, 11. Sept. (Drahtber.) Anläßlich der Vorgänge am 8. und 9. September hat die Polizeidirektion den Ausnahmezustand über die Stadt verhängt. Die zuständige Behörde wandte sich an den Minister mit der Bitte, in einigen Teilen der Wojewodschaft außerordentliche Gerichte einzusetzen. Jeder, der bei einer öffentlichen Ruhestörung, Raub, qualifizierten Diebstahl, Erpressung oder Brandstiftung ergriffen wird, soll der Todesstrafe verfallen.

*

w. **Genf**, 11. Sept. (Drahtber.) Eine heute in dem Generalsekretariat des Völkerbundes im Auftrage der deutschen Regierung überreichte Note weist im Hinblick auf die Anschuldigung der polnischen Regierung in ihrer Note an den Völkerbund wegen angeblicher Unterdrükkung der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien und Preußen und im übrigen Deutschland darauf hin, daß sie hinsichtlich Oberschlesiens, an dessen Minderheitenschutz allein ein Interesse des Völkerbundes bestehe, die fraglichen Vorwürfe als unberechtigt und falsch zurückweisen müßte. Die deutsche Regierung behält sich vor, dem Völkerbund dazu eingehenderes Material vorzulegen.

Deutsches Reich

Zum Rathenaumord.

w. **Berlin**, 10. Sept. Wie die Blätter mitteilen, wird in der Anklageschrift im Rathenau-Mordprozeß u. a. ausgeführt: Die Vorbereitungen für die Tat gehen bis zum 10. Juni zurück. Um diese Zeit kamen Fischer und Kern mit Salomon zusammen. Kern forderte Salomon auf, nach Kiel zu fahren, um dort einen zuverlässigen Chauffeur zu besorgen. Salomon suchte dann in Hamburg Wernicke auf, der ihn mit einem gewissen Niedrig in Verbindung brachte, mit welchem Salomon im Auto nach Berlin fuhr. Das Attentat wurde bis in die Einzelheiten erörtert. Niedrig reiste nach Hamburg zurück, weil inzwischen ein anderer Kraftwagenführer gefunden worden war. Fischer und Kern waren mit Ernst Werner Techow in Verbindung getreten. Der Urheber des Planes ist nach Angaben Fischers der Unterprimaner Heinz Stubenrauch. Dieser wurde mit Günther befreundet und hatte die Absicht geäußert, Rathenau im Reichstage zu erschießen. Techow fuhr nach Dresden, um ein Auto von dort zu holen. Er wurde dort mit dem Studenten Günther Brand bekannt, der ihn in Freiberg mit dem Fabrikanten Küchenmeister in Verbindung setzte. Diesem wurde gesagt, daß der Wagen zu nationalen Zwecken verwandt werden sollte. Techow fuhr mit dem Wagen nach Berlin und stellte ihn in einer Garage in der Wilmersdorferstraße unter. Tillesen erklärte den Plan, Rathenau auf der Straße zu erschießen, für politisch falsch, da man Rathenau zum Märtyrer machen würde. — Der Oberreichsanwalt hat, wie die Blätter weiter melden, Anklage gegen Techow erhoben, gemeinsam mit Fischer und Kern Rathenau ermordet zu haben. Der jüngere Hans Techow, Günther, Ilsemann, Steinbeck, Niedrig, Warnebeck und Salomon sind der Beihilfe angeklagt, ferner sind Hans Techow, Ilsemann, Günther, Schütt und Diestel wegen Begünstigung angeklagt, Tillesen, Claß und Voß wegen Nichtanzeige drohender Verbrechen. Sechzehn Zeugen sind geladen, als Sachverständiger Geheimrat Dr. Streßmann. Die Verhandlung findet in Leipzig statt. Gegen Kapitänleutnant Dietrich und Dr. Stein ist die Anklage noch nicht fertiggestellt.

Volkspartei und Linksparteien in der Koalition?

b. **Berlin**, 11. Sept. (Eig. Drahtber.) Die preußische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bereits zum 22. September eine Fraktionssitzung einberufen. Es soll die Frage zur Entscheidung kommen, ob auch nach der Ver-

Karlsruher Herbstwoche 1922!

Programmbuch mit Gutscheinen für Preisermässigungen erschienen. Preis 25 M. Überall käuflich.

Badisches Landestheater

„Figaros Hochzeit".

In neuer Einstudierung fand dieses Wunderwerk am Sonntag vor ausverkauftem Hause eine außerordentlich stimmungsvolle, von Geist und Witz beschwingte Wiedergabe. Operndirektor Fritz Cortolezis, seit jeher als meisterhafter „Figaro"-Interpret geschätzt, deutete auch an diesem Abend das Werk wieder mit leichter Hand und einer Innigkeit und hinreißendem Elan, die immer neue Klangwunder erstehen ließen. Neben ihm gebührt hauptsächlichstes Verdienst an dieser ausgezeichneten Neueinstudierung dem neuen Opernregisseur Joseph Turnau. In ihm hat das Theater zweifellos eine wertvolle, kenntnisreiche und schaffensfreudige Kraft gewonnen. Daß emsige Vorarbeit geleistet worden war, erkannte man allenthalben, sowohl am Spiel jedes einzelnen Solisten als auch an dem flüssigen Ablauf der Handlung und der Belebtheit der Ensembleszenen. Darüber hinaus war es Turnau gelungen, den leichten, heiteren Ton dieser Oper durchweg festzuhalten. Die Grazie und Anmut, die in so einzigartiger Weise in die „Figaro"-Musik gebannt sind, leuchteten auch aus der Darstellung. Manches, was bisher nebensächlich erschienen war, trat nun klarer, prägnanter in Erscheinung; sogar die verwickelte Gartenszene, sonst den wenigsten Zuschauern entwirrbar, wurde diesmal, zumal auch auf deutliche Aussprache Wert gelegt worden war, leicht verständlich.

Mit köstlichem Humor, überlegen, stets über der Situation stehend, gab Alfred Glaß den Figaro. Viele gute Einzelzüge belebten die Gestalt. Der ausgezeichneten Darstellung war der scharf akzentuierte, in den Rezitationen besonders flüssige Gesang ebenbürtig. In übermütiger Laune spielte Marie von Ernst die Susanne, der sie ihre helle, die Ensembles wie eine funkelnde Kette durchziehende Stimme lieh. Den seinem Naturell eigentlich ferner liegenden Grafen verkörperte Max Büttner in jugendlicher Frische, in den dramatischen Partien gesanglich außerordentlich packend. Eine durch die Innigkeit und Größe der Darstellung wie durch die Schönheit ihrer kultivierten Stimme und den erlesenen Vortrag gleichermaßen geadelte Leistung bot Hedy Iracema-Brügelmann in der Partie der Gräfin. Mit ihrer klangvollen, ausdrucksreichen Stimme sang Hete Stechert den Cherubin; überzeugend betonte die Künstlerin das Schelmische, Uebermütige des verliebten Pagen. Mit feinem Humor gab Marie Mosel-Tomschick die Marzellina, ein quecksilbriger, von seiner Würde durchdrungener Bartolo war Walter Barth, köstlich wieder der Basilio Hans Bussards. Rosel Landwehr sang und spielte das Bärbchen sehr ansprechend. Eugen Kalnbach als stotternder Richter, Lothar Lessig als Gärtner, sowie Hermine Burk und Emmy Ruf als Bäuerinnen fügten sich gut in den Rahmen der Aufführung ein. In hinreißender Schönheit spielte das Orchester; der Chor stand auf der Höhe seiner Aufgaben. Die schönen Bühnenbilder, vornehmlich der von Emil Burkards Künstlerhand neugeschaffene imposante Festsaal des dritten Aktes — ermöglicht durch eine hochherzige Stiftung; mögen ihr weitere folgen! —, sowie die farbenprächtigen Kostüme vervollständigten den festlichen Eindruck dieser Aufführung.

Das Publikum war von der Vorstellung sichtlich entzückt. Begeisterter Beifall rief die Künstler immer wieder vor den Vorhang, am Schlusse der Aufführung mit Recht auch Operndirektor Cortolezis und Oberregisseur Turnau.

H. Wk.

Kunst und Wissenschaft

Ein Gigant unter den Doppelsternen. Dr. J. S. Plaskett, der Direktor des „Dominian Astrophysical Observatory" in Victoria (Britisch Columbia) hat kürzlich im Sternbild des Einhorns einen Doppelstern entdeckt, der sowohl in Bezug auf seine Ausmaße wie sein System alle bisher bekannten Doppelsterne übertrifft. Es handelt sich um einen längst bekannt gewesenen Stern sechster Größe, also um ein Objekt, das gerade noch für ein scharfes Auge ohne optische Hilfsmittel als winziges Lichtpünktchen erkennbar ist. Bei der Beobachtung des Spektrums dieses Sternes stellte Plaskett fest, daß es sich hier um einen Doppelstern handelt, dessen zwei Komponenten sowohl an Helligkeit wie in der Umlaufgeschwindigkeit nahezu gleich sind, und die sich um einen gemeinsamen Schwerpunkt drehen. In kurzen Zwischenräumen hergestellte photographische Aufnahmen des Spektrums erbrachten im Zusammenhang mit den Messungen der Verschiebung der Spektrallinien den Beweis, daß die beiden Sterne sich in der ungewöhnlich kurzen Zeit von 14½ Tagen um ihren gemeinsamen Schwerpunkt drehen, und zwar in einem Abstand von nur 99 Millionen Kilometer. Die Schnelligkeit der Rotation ist dementsprechend außerordentlich groß; sie beträgt bei dem einen der beiden Komponenten 232, bei dem anderen sogar 277 Kilometer in der Sekunde. Eine einfache Berechnung zeigte, daß die Gesamtmaße dieses Systems die unserer Sonne um mindestens das 139fache übertrifft. Die spektroskopische Untersuchung ließ weiterhin eine große Aehnlichkeit mit den Orionsternen erkennen, die die größten und heißesten Sonnen darstellen, und zu denen namentlich der helle Stern erster Größe Rigel gehört. In der Tat liegen die Sternbilder des Orion und des Einhorn ja auch nahe beieinander im Raume, soweit man bei den unfaßbaren Entfernungen, um die es sich hier handelt, von einer „Nähe" überhaupt reden kann. Wie bei allen Riesensonnen ist auch die Dichtigkeit der beiden Sterne sehr gering und nur etwa ein Hundertstel der Dichtigkeit unserer Sonne. Wenn man aber die Maße und die Dichtigkeit eines Sternes kennt, so kann man auch sein Volumen ermitteln, und zwar auf Grund der Formel: Maße dividiert durch Dichtigkeit. Auf Grund der Kenntnis ihres Volumes, des Durchmessers, der Helligkeit und des Spektrums überhaupt läßt sich ein Vergleich mit der Sonne gewinnen, und Plaskett fand demgemäß, daß der größere der beiden Sterne einen Durchmesser von 30,6 Millionen Kilometer hat, und daß seine Helligkeit 15 000 Mal so groß wie die der Sonne ist, während der kleinere Komponent bei einem Durchmesser von 27 Millionen Kilometer die Helligkeit der Sonne um das 12 000fache übersteigt. Die Entfernung des Systems von unserem Sonnensystem wurde auf 10 000 Lichtjahre berechnet. Die beiden Sterne sind also 630 Millionen Mal so weit von uns entfernt, wie die Erde von ihrem Zentralgestirn.

Hermann Stegemann, Professor in München. Der Schriftsteller Dr. Hermann Stegemann in Bern wurde zum Honorarprofessor für neuere Geschichte an der Universität München ernannt. Dr. Stegemann, der früher der Hauptschriftleiter des „Berner Bundes" war, ist ein geborener Colmarer und hat sich besonders durch seine „Geschichte des Weltkrieges" einen Namen gemacht.

Ein Observatorium auf der Jungfrau. Das Meteorologische Institut Zürich hat sich bereit erklärt, einer privaten Anregung zu folgen und die Einrichtung eines ständigen Observatoriums auf dem Sphinxfelsen des Jungfraujochs zu errichten, wenn ihm die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist daher in der Schweiz eine Sammlung in Gang gesetzt worden, die bereits gute Erfolge gezeitigt hat und die Hoffnung erweckt, daß der Plan verwirklicht werden kann.

Veredelung der Denkmalskunst. Das hessische Ministerium hat, wie der „Voss. Ztg." aus Darmstadt berichtet wird, dem Landtag eine Regierungsvorlage zugehen lassen, in der über die Geschmacklosigkeit Klage geführt wird, die bei Errichtung von Denkmälern für die im Kriege Gefallenen begangen wird. Die Einrichtung einer staatlichen Beratungsstelle für Kriegerehrungen habe nicht den gehegten Erwartungen entsprochen. Die Regierung schlägt deshalb vor, die Aufstellung von Denkmälern allgemein genehmigungspflichtig zu machen. Es soll ein Landeskunstrat berufen werden, dem, außer Vertretern der freien Künstlerschaft „Die Denkmalspflege", ein Vertreter des Ministeriums und ein dem Ministerium für Arbeit und Wirtschaft beigegebener Kunstbeirat angehören sollen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

einigung der Sozialdemokraten und der Unabhängigen die Deutsche Volkspartei in der Koalition mit den Sozialdemokraten in Preußen festhalten und damit an der preußischen Regierung teilnehmen wolle.

Die Arbeitervertreter beim Reichspräsidenten.

b. **Berlin**, 11. Sept. (Eig. Drahtber.) Die sozialdemokratischen politisch-parlamentarischen Nachrichten melden, der sozialdemokratische Parteivorstand und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wurden am Montag vormittag um 11 Uhr vom Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers Schmidt empfangen. Die Arbeitervertreter trugen dem Reichspräsidenten ihre sehr ernsten Besorgnisse wegen der Zuspitzung der Wirtschaftsverhältnisse vor. Sie erhoben besonders Einspruch gegen eine weitere Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den agrarischen und händlerischen Forderungen. Reichspräsident und Wirtschaftsminister legten die Momente dar, die die Haltung der Regierung bisher bestimmt haben und versprachen, ihr Möglichstes zu tun, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen.

Die verschwundenen Fahnen von 1870.

t. **Berlin**, 11. Sept. (Drahtber.) In einem süddeutschen Blatt war die Nachricht aufgetaucht, daß die Reichsregierung an die bayerische Regierung mit dem Ersuchen herangetreten sei, für die verloren gegangenen Fahnen aus dem Krieg 1870/71 Ersatz zu leisten mit Fahnen aus den Freiheitskriegen. Ein solches Ersuchen der Reichsregierung ist nicht ergangen. Die Reichsregierung hat in der Frage der Rücklieferung der eroberten Fahnen im übrigen alles getan, was sie tun konnte, um die sowohl in Berlin wie in München verloren gegangenen Fahnen wieder herbeizuschaffen; sie sind aber spurlos verschwunden.

Bevorstehende Schließung aller Berliner Kinos.

t. **Berlin**, 11. Sept. Der Verein der Lichtspieltheaterbesitzer und der Schutzverband Deutscher Filmtheater haben beschlossen, ihre sämtlichen Betriebe am 22. September zu schließen. Allen Angestellten wird zu diesem Termin gekündigt werden. Dieser Beschluß ist deshalb erfolgt, weil alle Bemühungen, den Magistrat zu einer Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer, die Erhöhungen bis 55 Proz. vorsieht, zu veranlassen, gescheitert sind. Durch die Schließung der Kinotheater werden etwa 6000 Angestellte brotlos. Es handelt sich insgesamt um die Schließung von 320 Theatern.

Der tapfere Michel.

Berlin, 11. Sept. (Drahtber.) Die Filmprüfungsstelle Berlin hatte im Juli einen Film, der das Leben und Treiben an Bord eines ehemaligen Kriegsschiffes zeigte, mit der Begründung verboten, daß eine derartige Vorführung im gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet sei, die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Auf eine Beschwerde befaßte sich nunmehr die Filmoberprüfungsstelle mit der Angelegenheit und hob in Uebereinstimmung mit sämtlichen Sachverständigen das Verbot auf. Sie ließ den Film auch zur öffentlichen Aufführung für Jugendliche zu.

Gemeindewahlen in Thüringen.

Berlin, 11. Sept. (Drahtber.) Gestern fanden in Thüringen auf Grund der neuen Gemeinde- und Kreisordnung die ersten Gemeinde- und Kreisratswahlen statt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist keine größere Veränderung in der Stärke der Parteien eingetreten. Nur Gera und Altenburg haben eine sozialistische Mehrheit erhalten.

Thüringen verbietet die Nationalhymne.

Die sozialistischen Ministerien in Sachsen und Thüringen bemühen sich, bahnbrechende Reformen im Schulwesen ihrer Länder durchzuführen. Der thüringische Minister für Volksbildung hat höchst eigenhändig veranlaßt, daß aus einem auf seine Veranlassung von Lehrern bearbeiteten Entwurf eines neuen Schulgesangbuches das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" gestrichen wird. Da der Reichspräsident vor einigen Tagen in einem Erlaß an die Reichswehr das Deutschlandlied offiziell als Nationalhymne bezeichnete, mutet das Vorgehen des thüringischen Ministers besonders befremdlich an. Auch das alte „Ueb' immer Treu und Redlichkeit" fiel dem Blaustift zum Opfer!

Daß Thüringen die Nationalhymne aus den Schulbüchern und damit auch aus den Herzen der Jugend gestrichen sehen will, befremdet nicht weiter bei diesem Staat. So ist es auch nur durchaus logisch, daß Treu und Redlichkeit aus der Gedankenwelt ausgemerzt werden. Schwer wird das nicht fallen, denn von diesen alten deutschen Tugenden ist heute ja ohnehin nicht mehr viel übrig geblieben.

Tagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

t. **Weimar**, 11. Sept. Die erste Tagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA) hat mit einem Begrüßungsabend hier ihren Anfang genommen. Es sind 1500 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen. Besonders bemerkenswert ist die zahlreiche Beteiligung männlicher und weiblicher Delegierter aus dem Saarlande und dem besetzten Rheinland und aus dem polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens. Befreundete Gewerkschaften Hollands und der Tschecho-Slowakei waren ebenfalls vertreten.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Hugo Sommer-Berlin begrüßte besonders die Vertreter der abgetretenen Gebiete und des Auslandes. Er legte das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Gelöbnis ab, daß der GDA diesen unter besonders schwierigen Verhältnissen arbeitenden Angestellten tatkräftige Hilfe angedeihen lasse. Aus dem Geschäftsbericht des Bundesrats ist zu erwähnen, daß dem GDA über 350 000 Angestellte angeschlossen sind. Es bestehen 1500 Ortsgruppen und 110 mit berufsamtlichen Geschäftsführern besetzte Geschäftsstellen. An Unterstützungsgeldern aller Art wurden in einem Jahr rund 3 Mill. Mk. gezahlt. Der GDA ist an rund 160 Tarifverträgen beteiligt.

In den geschäftlichen Verhandlungen wurden Entschließungen über Arbeitszeit, Angestelltenversicherung und zur Frage des sozialen Lohnes, sowie der gleitenden Lohnskala angenommen. In einer Entschließung über die Arbeitsgemeinschaft wird Klage geführt, daß einzelne Unternehmerorganisationen gegen die Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft handeln, indem sie sich weigern, Tarifverträge mit den Angestelltenorganisationen abzuschließen. Bemerkenswert ist, daß der Bundestag einmütig die Haltung der Bundesleitung billigte, nach der die Weimarer Reichsverfassung gegen jeden gewaltsamen Angriff, ob von rechts oder links kommend, geschützt werden soll.

Zerfall des Deutschen Beamtenbundes?

Aus Beamtenkreisen schreibt man:

Schadenfrohes Gelächter spielt um die Lippen der Anhänger und Vertreter der mehr oder weniger parteipolitisch eingestellten Richtungsgewerkschaften über die Bewegung, die in letzter Zeit den parteipolitisch neutralen Deutschen Beamtenbund schüttelte, und die zur Absplitterung verschiedener großer Verbände und zur Gründung des freigewerkschaftlich orientierten Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes führte. Sie erachten die Zeit für gekommen, um mit überlegener Miene triumphierend ausrufen zu können: Wir haben es doch gleich gesagt, als die gewerkschaftliche „Nottaufe" des Deutschen Beamtenbundes im Dezember 1918 erfolgte, daß dem farblosen Sprößling kein langes Leben beschieden sei und daß über kurz oder lang eine tiefgehende Spaltung nach welt- und wirtschaftspolitischen Anschauungen die gesamte deutsche Beamtenschaft durchziehen werde. Behielten wir nicht recht?

Nein! Ganz und gar nicht! Die Tatsache, daß Verbände — sogar starke Verbände der Beamten — aus dem Deutschen Beamtenbund ausschieden, ist noch lange kein Beweis dafür, daß die Idee der parteipolitischen Neutralität in der Beamtenbewegung nicht daseinsberechtigt ist und daß in ihr dieselbe Scheidung der Geister wie in der Arbeiterbewegung erfolgen muß. Wer folgert, daß in einem Beamtenbund die parteipolitische Neutralität ebenso unhaltbar und unmöglich sei, wie in der Arbeitergewerkschaft, der ist noch nie zur richtigen Erkenntnis des Beamtentums und seiner Stellung im Volksganzen vorgedrungen, sondern hat sich lediglich auf die mühelose Anstellung von Vergleichen beschränkt, die nie und nimmer am Platze sind.

Die Aufrechterhaltung der parteipolitischen Neutralität, wie sie der Deutsche Beamtenbund und alle ihm angeschlossenen Verbände pflegen, ist nicht nur möglich, sondern von staatspolitischer Notwendigkeit und Bedeutung.

In der deutschen Reichsverfassung heißt es: „Der Beamte ist Diener einer Gesamtheit, nicht einer Partei"; und die vom Deutschen Reichstag bei Verabschiedung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik angenommene Entschließung besagt, daß die Regierung dafür sorgen möge, „daß im Dienst bei den Behörden keinerlei parteipolitische Propaganda getrieben wird". Glaubt jemand wirklich im Ernst, daß eine parteipolitische Ausrichtung der Beamtenorganisationen nicht schon von selbst eine Gefährdung der oben angeführten Bestimmung des Grundgesetzes der deutschen Republik und der Verwirklichung des Willens des Gesetzgebers bedeutet? Daß eine Uebertragung parteipolitischer Tendenzen in die Beamtenverbände sich nicht ganz naturnotwendig in die gesetzliche Beamtenvertretung bei den einzelnen Behörden und damit in die Amtsstuben, Büros und Diensträume weiter verpflanzen würde, doch wohl niemand, der auch nur einigermaßen klar zu sehen vermag, wird dies von der Hand weisen können. Der Beamte nimmt als Beauftragter und Diener der Gesamtheit eine andere Stellung ein, als jeder andere Staatsbürger, er hat ihr gegenüber nicht nur allgemeine, sondern ganz besondere Pflichten im Rahmen des obersten Grundsatzes, „nicht Diener einer Partei, sondern der Gesamtheit zu sein", zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Pflicht nach dem angegebenen Grundsatz wird aber im Interesse des Volkes am meisten durch eine parteipolitisch neutrale Organisation der Beamten gewährleistet und erleichtert. Darum ist die Erhaltung der parteipolitischen Neutralität im Deutschen Beamtenbund und seinen angeschlossenen Verbänden eine staatspolitische Notwendigkeit.

Die angeführten Gründe bedingen es auch, daß die gesamte deutsche Beamtenschaft sich in einer Organisation zusammenfindet. Wenn es heute Beamte gibt, die glauben, dies sei nur eine von ungefähr hergeholte Phrase und sich mit ihren Interessen großen Arbeitergewerkschaften anschließen, so ist diese Bewegung nichts weiter als ein Versuch, dort mehr zu erreichen, als bei der neutralen Beamtenorganisation, ein Versuch, der gerade durch die drückende wirtschaftliche Lage sehr wesentlich genährt wird. Es ist und bleibt aber ein Versuch; denn auch die dorthin geflüchtete Beamtenschaft wird bald erkennen müssen, daß die Solidarität der Arbeiter in ihrer Wirkung vor der Beamtenschaft halt macht und nie jene Festigkeit gegenüber den Beamten wie gegenüber den eigenen Arbeiterkollegen zeigt. Die Hoffnung dieser Teile der Beamtenschaft, durch ein klares Bekenntnis zu diesem oder jenem Wirtschaftsprogramm ihre Lage zu verbessern, wird unter diesen Umständen sehr bald wieder verblassen. Und diejenigen, die aus den unteren Besoldungsgruppen heute großen Worten nachrennen, werden enttäuscht auf das Verlassene zurückblicken.

Noch ist weitaus die Mehrheit der deutschen Beamtenschaft nach wie vor im Deutschen Beamtenbund geeinigt. Die Kommunalbeamtenschaft, die Polizeibeamtenschaft und die Beamtenschaft der Länder denken nicht daran, ihre neutrale einigende Organisation im Deutschen Beamtenbund aufzugeben. Für sie bedeutet die augenblickliche Erschütterung der Großorganisation lediglich eine Krisis, aber noch lange nicht den Anbruch des Zerfalls oder das Zeichen für die Falschheit der bisher darin verfolgten Ideen.

Zahlungsmittelnot.

Man hört in unseren Tagen so viel von der Not der Zahlungsmittel. Nicht, daß solche nicht in genügender Menge vorhanden oder wegen der ungeheuren Preise der Papierfabriken nicht zu erschwingen wären. Nein, es zeigen sich auch da dieselben zoologischen Erscheinungen wie während des Krieges, indem schönheitsdurstige Gemüter sich die papierenen Schätze, teils wegen ihrer künstlerischen Ausgestaltung, teils wegen ihrer hygienischen Vorzüge, in Tischen und Kasten sichern. Aber die Zahlungsmittelnot ist da, das kann nicht bestritten werden. Indes, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Da die Mark als Wertmesser zu existieren aufgehört hat, nachdem sie als Wertträger schon lange aus dem Verkehrsleben ausgeschieden ist, geht man mehr und mehr zum Naturalverrechnungsverfahren über. Der Herr Pfarrer erteilt auf dem Lande den Privatunterricht, der Herr Kantor die Musik nach Roggenzentnerpreis gleitend, und 35 große Industrieverbände, vor allem solche, die den Kleinhandel beliefern, haben beschlossen, ihre Rechnungen nur noch nach Dollars oder anderen hochwertigen Valuten auszustellen. Geht das so weiter, so ist eine wirtschaftliche, soziale und politische Katastrophe um so weniger zu verhindern, als wirksame Zwangsmaßnahmen gegen diese Erscheinung wenig Erfolg haben dürften. Es sind die Verfallserscheinungen, die eine Revolution immer gezeitigt hat. Es ist ja auch eine eigenartige Erscheinung, daß die Preise sich dem Steigen des Dollars fast unmittelbar, oft von einem Tag zum anderen, anzupassen verstehen, während sie über sein Fallen mit der souveränen Geste höchster Mißachtung hinwegzugehen pflegen. So war es auch, als der Dollar fast unvermittelt auf 2000 stieg; heute kommt er mit etwa 1400, aber die Preise denken nicht daran, zu sinken.

Herr August Müller, Staatssekretär a. D. und nebenbei einer der besten Kenner unseres Wirtschaftslebens, bezeichnet als das Hauptübel die Schwäche der Staatsgewalt, die sich wenig oder gar nicht gegenüber den Sonderinteressen der organisierten Wirtschaftsgruppen und Bevölkerungsklassen durchzusetzen vermöge. Es ist erfreulich, daß dies auch einmal von so kompetenter Seite bestätigt wird. Zu den Wirtschaftsgruppen, denen gegenüber sich die Ohnmacht des Staates beweist, gehören auch die Papierfabrikanten, die unbeschadet um Gemeinwohl und -Interessen ihren Zahlenweg gehen. Sie können es, weil sie durch eine unverständliche Zurückhaltung in der Freigabe von Holz aus den Wäldern des Reiches und der Staaten eine Position errungen haben, in der sie nur schwer zu fassen sind. Wir hören soeben, daß in Magdeburg die Aerzte ihre Honorare fortan unter Zugrundelegung der Brot-Friedenssätze (eine Mark für zwei Laib Brot) berechnen werden. So sehen wir, daß für lebensnotwendige Dinge einseitig und willkürlich Zahlungsmittel geschaffen werden, die dem Ausfall der landwirtschaftlichen Produktion zugrunde liegen. Es kann deshalb nicht wundern, daß eine große Berliner Tageszeitung verkündet, sie werde von jetzt ab den Zeilenpreis für Inserate nach Goldpfennigen berechnen. Die Folge wird sein, daß noch weniger inseriert wird. Was aber würde man wohl sagen, wenn die Zeitungen zu Dollar- und Brotpreisberechnung übergehen würden, und wenn sie sich heute auch nur annähernd das bezahlen ließen, was zu ihrer Selbsterhaltung unbedingt nötig ist.

Hie leibliches — hie geistiges Brot! Es scheint, als ob Regierung und Volk verständnis-, jedenfalls aber tatenlos dem Untergang einer Einrichtung zusehen wollen, mit der neben anderen auch so hohe kulturelle Werte zugrunde gehen werden.

*

Die Zeitungsnot.

Berlin, 11. Sept. Der Papierpreis ist im September auf 84 Mk. für das Kilo gestiegen, während er im August noch 27 betrug. Infolgedessen müssen die Zeitungen ihre Preise wieder erhöhen. Die Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung" kostet daher von morgen ab 8 Mk., die Abendausgabe von der kommenden Woche ab 5 Mk. Auch die „B. Z.", die „Morgenpost", die „Berliner Montagspost" und andere haben ihren Preis jetzt auf 8 Mk. für die Nummer festsetzen müssen. Weitere Steigerungen aller Zeitungen stehen bevor.

Deutsche Verleger beim Reichspräsidenten.

w. **Berlin**, 11. Sept. (Drahtber.) Der Reichspräsident empfing heute eine Reihe von Zeitungsverlegern, um mit ihnen die Notlage der deutschen Presse zu erörtern. In eingehender Aussprache wurden die Gefahren der Lage dargelegt und alle die Abwendung des drohenden Zusammenbruchs betr. Maßnahmen erwogen.

Verschiedene Drahtmeldungen

Zum Untergang der „Hammonia".

w **Hamburg**, 11. Sept. (Drahtber.) Der auf der Fahrt nach Cuba und Mexiko befindliche Doppelschrauben-Post- und Passagier-Dampfer „Hammonia" der Hamburg-Amerika-Linie wurde, nachdem er Vigo verlassen hatte, 110 Meilen von dort entfernt, in der Nacht vom 8. zum 9. September durch einen schweren Weststurm stark beschädigt. Sämtliche Passagiere sowie die Mannschaften wurden von drahtlos herbeigerufenen Dampfern aufgenommen und teils am Sonntag in Vigo gelandet, teils wird ihre Landung am Dienstag in Southampton erwartet. Der Dampfer sank am Samstag abend.

Deutscher Werkmeistertag in München.

München, 11. Sept. In der Festhalle der Deutschen Gewerbeschau fand gestern der Allgemeine deutsche Werkmeistertag statt. Im Verlaufe der verschiedenen Ansprachen ergriff auch der Reichsminister a. D. Wissel das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er hauptsächlich wirtschaftliche Fragen beleuchtete. Ein gewaltiger Rückgang des deutschen Handels sei zu verzeichnen. Unter der allgemeinen Verelendung habe in der Hauptsache die Arbeit zu leiden. Vielfach werde nicht mehr gearbeitet, um den Bedarf zu decken, sondern um zu verdienen. Nicht Profitsucht dürfe künftig leitend sein. Das Ziel müsse vielmehr die Deckung des Bedarfes der Massen sein. Nur der Gewerkschaftsgedanken könne hier helfen.

Verhaftung der Münchner Korrespondenten der „D. A. Z."

t. **Berlin**, 11. Sept. Die „Deutsche Allg. Ztg." berichtet: Der ständige Münchner Korrespondent der „D. A. Z." ist vor mehreren Tagen während seines Urlaubs von der Münchner Polizeibehörde verhaftet worden. Hiervon erhielt die Schriftleitung erst nachträglich Kenntnis. Ihre Bemühungen, näheres über den Anlaß der Verhaftung zu ermitteln, waren bisher vergeblich.

Regimentsfeier der württembergischen Infanterieregimenter 125 und 180.

Tübingen, 11. Sept. Die Feier der ehemaligen württembergischen Inf.-Rgt. Nr. 125 und 180, deren Verbot von linksradikaler Seite verlangt wurde, ist ohne Störung verlaufen. Mehrere hundert jugendliche Kommunisten, die unter Vorantragen von roten Fahnen demonstrierend durch die Stadt zogen, fanden seitens der alten Soldaten keine Beachtung. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung hatte die Regierung, welche die Abhaltung der Feier genehmigt hatte, nachdem die Zusicherung gegeben worden war, daß keinerlei politische Kundgebungen stattfinden werden, ein starkes Polizeiaufgebot bereit gestellt.

Ende des polnischen Telegraphenstreiks.

Berlin, 11. Sept. (Drahtber.) Nach Beendigung des Beamtenstreiks in Polen wickelt sich der telegraphische Betrieb wieder normal ab.

Ende des amerikanischen Grubenarbeiterstreiks.

Neuyork, 11. Sept. (Eig. Drahtber.) 255 000 Grubenarbeiter faßten den einmütigen Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit hat der langwierige Kohlenarbeiterstreik sein Ende erreicht.

Bunte Chronik

Verhaftete Schmuggler. Die Anführer einer großen Schmugglerbande, deren Mitgliederzahl auf über 20 Personen geschätzt wird, konnten am Sonntag in Berlin unschädlich gemacht werden. Den Beamten waren vielfach Leute aufgefallen, die vom Bahnhof Friedrichstraße, dem Schlesischen Bahnhof und dem Bahnhof Charlottenburg mit großem Reisegepäck in der Richtung nach Danzig, Königsberg, Marienburg abfuhren. Die Reisenden wohnten hier in den ersten Hotels und ihr Auftreten erweckte den Anschein, daß man es mit Ausländern aus valutastarken Ländern zu tun habe. Als nun wieder zwei solcher Reisender, die in einem Hotel in der Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße wohnten, abreisen wollten, sahen sich die Beamten die vermeintlichen Ausländer und ihr Gepäck genauer an. Sie mußten den Weg zum Alexanderplatz antreten und dort wurden in den Koffern goldene Uhren, Uhrarmbänder und andere Schmucksachen im Werte von über 1½ Millionen Mark gefunden und beschlagnahmt. Ein weiterer Koffer, der einem Kaufmann in Charlottenburg gehörte, enthielt Pelzwerk von hohem Werte. Diese wertvollen Waren wurden durch die Schmuggler fortgeschafft, um von einem bestimmten Ort über die Grenze befördert zu werden. Natürlich war alles unverzollt. Die Kriminalpolizei hofft der ganzen Bande auf die Spur zu kommen.

Eine Robinsoninsel im Kanal. Vor etwa vier Wochen haben sich fünf Unbekannte, drei Männer und zwei Frauen, eines bei Morlaix gelegenen kleinen französischen Inselchens im Kanal bemächtigt und nehmen jedem Fahrzeug gegenüber, das sich der Insel nähert, eine drohende Haltung an. Man hielt die Fremden, die unter einem Zelt von gelbem Leder ein Lager bezogen haben, anfangs für Touristen, die sich hier häuslich eingerichtet hätten, um sich den unverschämten Forderungen der Gastwirte an der Küste zu entziehen. Bald aber mußte man sich davon überzeugen, daß es sich um gewalttätige Eindringlinge handelte, denn so oft sich jemand der Insel zu nähern versuchte, wurde er mit Flinten und Revolvern von den Männern bedroht. Man will nun von Morlaix eine bewaffnete Expedition nach der Insel entsenden.

Plünderung eines Rittergutes. Nach einer Meldung des „Berl. Tagbl." aus Braunschweig ist von dort eine achtzigköpfige Bande von Felddieben nach Mascherode gefahren, um am hellen Tage das dortige Rittergut zu plündern und die auf dem Felde liegenden Garben zu stehlen. Die Mitglieder des freiwilligen Ortsschutzes und einige herbeigerufene Landjäger waren der Uebermacht der Plünderer gegenüber machtlos. Schließlich sandte die Braunschweiger Polizei zwei Lastautos mit Schutzpolizisten. Die Beamten umstellten die Felder und nahmen einen Teil der Plünderer fest. Die übrigen entflohen unter Zurücklassung ihrer Fahrräder.

Massenandrang von Kanal-Schwimmern. Der Spätsommer oder Herbst gilt für die beste Zeit, in der ein Versuch unternommen werden kann, den Aemelkanal auf seiner schmalsten Stelle zu durchschwimmen. Bekanntlich ist es bisher noch niemanden geglückt, die Leistung zu vollbringen, so viele sich auch schon daran versucht haben. Zurzeit sind, wie berichtet wird, über 50 kühne Schwimmer, darunter 12 weibliche, eifrig mit dem Trainieren für einen neuen Vorstoß in der Richtung beschäftigt. Unter diesen befinden sich 41 Engländer, 4 Amerikaner, 2 Kanadier, 2 Franzosen, 1 Holländer, 1 Italiener und 1 Oesterreicher. Der Italiner Tiraboschi, der bereits im vorigen Jahre einen aussichtsvollen, aber doch im letzten Augenblick gescheiterten Versuch unternahm, will auch in diesem Jahre sein Glück von neuem probieren. Unter den Schwimmerinnen, die sich die Kraft und Ausdauer für das Wagnis zutrauen, befinden sich die Engländerinnen Phyllis Scotts und Florence Bannister, ferner die Amerikanerinnen Ida Gusche und Lillien Perkins. Die beiden Franzosen, die sich in Boulogne vorbereiten, wollen zusammen die Schwimmfahrt durch den Kanal antreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Tuberkulose in Deutschland nach dem Kriege.

Von Sanitätsrat Dr. Jacoby, Groß-Lichterfelde.

Die planmäßige Bekämpfung der Tuberkulose vor dem Kriege hatte diese Krankheit in Deutschland soweit eingeschränkt, daß im letzten Friedensjahr von 10 000 Lebenden nur 14,3 an ihr gestorben waren. Mit dem steigenden Wohlstand hatte die Lebenshaltung der breiten Massen sich gehoben, die Volksgesundheit im allgemeinen wurde gepflegt, die Behandlung in Heilstätten ausgebaut, so daß die Hoffnung auf allmähliches Verschwinden der Krankheit berechtigt erschien. Dann riß unser Schicksal uns in den Weltkrieg. Die erschütternden Erlebnisse auf den Schlachtfeldern und in der Heimat zwangen die allgemeine Aufmerksamkeit anderen näherliegenden Zielen zu. Nur den Fachleuten fiel es auf, daß die Tuberkulose erst langsam, dann unheimlich schnell die ihr in glücklichen Zeiten entrissenen Gebiete wieder gewann. Bereits mit 1917 war mit 18,17 Todesfällen der Stand von 1905 wieder erreicht; das folgende Jahr warf mit 20,43 uns um 20 Jahre zurück. Die stets besonders gefährdeten Großstädte wahrten auch dabei ihren traurigen Vorrang. In Berlin waren 1885 von 10 000 Lebenden 34,3 an Tuberkulose verstorben, 1914 nur 17,6, aber 1918 schon wieder 29,9! Die Ursachen dieser Zunahme waren leicht zu ermitteln. Die Aushungerung Deutschlands durch die feindliche Verkehrssperre und die verminderte Lebensmittelerzeugung im Lande brachten bald die Kraftquellen des Leibes zum Versiegen; der natürliche Selbstschutz des Körpers gegen Krankheiten versagte. Kohlen- und Wohnungsmangel drängte Gesunde und Kranke in wenig gelüfteten Räumen eng zusammen; die allgemeine und die persönliche Sauberkeit nahm ab. Die Not zwang in allen Berufen zu unerhörten Anstrengungen, schwere Sorge um die Zukunft der Familie wie des Landes zermürbte den Lebenswillen. So wucherte die Krankheit und führte tausendfach zu vorzeitigem Tode, aber auch zu verhängnisvoller Uebertragung auf Gesunde. Jeder hustende Lungentuberkulöse ist ein Verseuchungsherd für seine Umgebung. Je mehr Keime er absondert, je enger und länger er mit den Seinen, besonders mit Kindern, haust, je weniger Selbstzucht er besitzt, desto schwerer die Gefahr. In der Not des Krieges waren unzählige Tuberkulöse in leergewordene Stellen eingerückt und trotz Verschlimmerung des Leidens lange tätig geblieben. Sie überstreuten in der Werkstatt, am Verkaufstisch, im Büro und leider auch in der Schule jung und alt mit den verderbenbringenden Keimen. Aus Mangel an Vorräten und Arbeitskräften waren Schutzmaßnahmen fast undurchführbar. So wurde eine verhängnisvolle Saat gesäet. Auch ohne daß genaue Zahlen angegeben werden können, sind alle Sachkundigen von der Zunahme der tuberkulösen Erkrankungen überzeugt; jeder Arzt kann sie aus seiner Erfahrung bestätigen. Leider muß man auch einen erheblichen Teil der Kinder als angesteckt betrachten. Der schleichende Verlauf der Krankheit läßt die aus den letzten Kriegsjahren stammenden Ansteckungen erst jetzt und in der kommenden Zeit offenbar werden. Es muß damit gerechnet werden, daß namentlich infolge der dauernden Erschwerung der Lebenshaltung diese Kriegsschäden noch lange die Gesundung unseres Volkes zu ihrem Teil vereiteln werden.

Aber trotzdem darf der Kampf nicht mutlos aufgegeben werden. „Arbeiten und nicht verzweifeln" rief Kirchner der Tuberkulosetagung des vergangenen Jahres zu. Nicht obgleich, sondern weil wir arm geworden sind, müssen wir weiter um die Genesung unseres Volkes ringen.

Unter dem Zwange des allgemeinen Elends muß der Kampf freilich mit anderen Waffen als im Frieden geführt werden. Unsere Mittel erlauben nicht mehr den Bau kostspieliger Heilstätten für besserungsfähige Tuberkulose, von Heimen für Unheilbare; auch die Beschaffung von Wohnungen, Lagerstätten, Betten und Kleidung stößt auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Die Lebensmittelnot vermehrt die Abgabe von Kräftigungsmitteln, besonders von Fett an die Kranken. So sind wir vor allem auf Vorbeugung angewiesen und dazu ist die Hilfe des Tuberkulösen selbst unentbehrlich. Der Kranke ist die Quelle der Ansteckung; durch Hustenstöße versprüht es die Keime in seine Umgebung. Daher muß unablässig an der Erziehung des Kranken zur Vorsicht gearbeitet werden. Jeder Tuberkulöse muß beherzigen, daß er seine Mitmenschen vor der Ansteckung bewahren kann, wenn er von ihnen auf Armslänge entfernt bleibt, beim Husten den Kopf abwendet und die Hand vor den Mund hält! Ganz besonders müssen Kinder geschützt werden. Es ist vielleicht übertrieben zu behaupten, daß jede Tuberkulose im ersten Kindesalter erworben werde, aber zweifellos ist die Ansteckungsgefahr für junge Kinder am größten. Auch in der engsten, ärmlichsten Wohnung kann das Lager des Kranken von denen seiner Angehörigen räumlich abgesondert werden; kann der Kranke den Auswurf in eine Speiflasche entleeren, statt in das Taschentuch oder auf den Fußboden. Diese Erziehung liegt außer den Aerzten besonders den Fürsorge- und Beratungsstellen ob. Von diesen Stellen, in denen keine Behandlung stattfindet, werden durch die Fürsorgeschwestern ständig die Tuberkulösen und ihre gesamten hygienischen Verhältnisse überwacht und soweit als möglich verbessert.

Die Vorbeugung darf aber nicht auf Verhütung der Ansteckung beschränkt bleiben, sie muß auch der Erhöhung des Selbstschutzes durch allgemeine Kräftigung dienen. Dazu stehen Gott sei Dank kostenlose Mittel zur Verfügung: Sonne, Luft und Wasser. Unsere Jugend muß reichlichste Gelegenheit haben, in freier Luft auf grünem Rasen, in Wald und Feld, im Gebirge und auf dem Wasser sich zu tummeln. Sie muß ihre Muskeln bei Spiel und Turnen, Wandern und Schwimmen stärken können. Es muß ihr ein gesunder Abscheu vor Zimmerluft und Kneipendunst, vor dem Trunk und vor der Zigarette anerzogen werden. In diesem Punkt setzt die Mitarbeit der Lehrerschaft ein. Auch die Lehrer müssen durch gründliche Unterweisungen über das Wesen der Tuberkulose befähigt werden, an ihrer Bekämpfung teilzunehmen. Aber nur unter Mitwirkung auch des Elternhauses, der Meister und schließlich der breiten Oeffentlichkeit, besonders der Zeitungen, kann der Kampf um die Gesunderhaltung unserer Jugend und damit unseres Volkes mit Erfolg geführt werden.

Stellungnahme Düringers.

Justizminister a. D. Dr. Düringer hat an den 2. Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Badens, Geh. Oberkirchenrat D. Mayer in Karlsruhe, folgenden offenen Brief gerichtet:

Berlin, den 9. September 1922.

Sehr geehrter Herr Geheimerat!

Als ich am 1. August d. J. in Karlsruhe dem Gesamtvorstand des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) über die jüngsten Vorgänge im Reichstag und die Gründe meines Austritts aus der Fraktion Bericht erstattet hatte, wurde ich einmütig und dringend gebeten, wieder in die Fraktion einzutreten. Die Bitte wurde auch von dem als Gast anwesenden Vorsitzenden der Württembergischen Landespartei, Dr. Beißwanger, aufs wärmste unterstützt und übrigens ohne Anregung meinerseits eine Vermittlungsaktion beschlossen.

Ich war daher etwas überrascht durch Ihr Schreiben vom 1. September zu erfahren, daß eine auf 3. September anberaumte Landesausschußsitzung über die Stellung der Partei zu mir beraten und beschließen würde, und zwar in meiner Abwesenheit, weshalb ich dringend gebeten wurde, in ihr nicht zu erscheinen. Die Mitteilung wurde mir auch so spät gemacht, daß ich gar nicht mehr hätte erscheinen können. Ort und Zeit der Sitzung wurden mir verheimlicht.

Nach Ihrem Schreiben vom 4. September hat dann der Landesausschuß vom 3. gleichen Monats in contumaciam und ohne mich gehört zu haben, über mich geurteilt. Er hält wegen meines Ende Juli veröffentlichten Artikels über die „Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien" (siehe „Badische Presse" Nr. 338 vom 26. 7.) und eines weiteren im „Tag" vom 9. August erschienenen über „Parteihaß" ein ersprießliches politisches Zusammenwirken mit mir nicht mehr für möglich. Der Landesausschuß fordert mich vielmehr auf, den Vorsitz in der Landespartei sowie mein Reichstagsmandat niederzulegen.

Der auffällige Widerspruch zwischen der Auffassung des Gesamtvorstandes und der des Landesausschusses ist nur durch Berliner Einflüsse zu erklären. Die Parteileitung in Berlin hat in der offiziellen Parteikorrespondenz auf meine rein sachliche Kritik mit sinnlosen Formalinjurien erwidert, die die anständige Berliner nationale Presse wiederzugeben ablehnte. Sie hat offenbar auch Sie zu dem eben bezeichneten Schritt veranlaßt.

Den Vorsitz in der Landespartei lege ich hiermit nieder. Das Verlangen, mein Reichstagsmandat niederzulegen, lehne ich als ein verfassungswidriges ab. Nach Art. 21 der Reichsverfassung ist der Abgeordnete Vertreter des ganzen deutschen Volkes. Er ist nur seinem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden. Es ist ein Irrtum von Ihnen, wenn Sie ausführen, für mich gelte dieser Satz nicht, da ich auf Grund des Listensystems nicht für meine Person, sondern als Spitzenkandidat der deutschnationalen Liste gewählt wurde. Die Reichsverfassung sieht ja selbst in Art. 22 die Verhältniswahl vor. Speziell in Baden, wo nur 1—2 Mandate für die Partei in Frage kommen, mußte die Wahl aber auch zugleich als Ausdruck persönlichen Vertrauens erscheinen.

Seit ich in das Reichsparlament eintrat, war ich bestrebt, meine Pflichten als Abgeordneter mit möglichster Objektivität zu erfüllen und gegenüber dem furchtbaren Unheil der Parteizerklüftung auf eine Milderung der Gegensätze hinzuwirken. Dabei stand mir allerdings das vaterländische Interesse immer höher als engherzige Parteitaktik. Und um diesen Ideen auch weiter zu dienen, kann und will ich mein Mandat nicht niederlegen.

Uebrigens kann ich auch den Landesausschuß nicht als Vertretung meiner Wählerschaft anerkennen. Wie Sie mir selbst mitteilten, sind jetzt unter Berufung auf mich sehr zahlreiche Austritte aus der Partei erfolgt. Diese Wähler stehen mir vermutlich innerlich näher als die Teilnehmer an dem oben erwähnten Ketzergericht und werden mir auch in Zukunft ihr Vertrauen bewahren.

Schließlich kommt noch für mich in Betracht, daß der Beschluß des Landesausschusses sachlich ohne jeden Schatten von Berechtigung ist. Wenn eine Partei nicht mehr so viel Selbstkritik ertragen kann und will, als von mir in den beiden oben erwähnten Artikeln geübt wird, wenn sie ihren Mitgliedern so wenig Denkfreiheit und selbständige Meinungsäußerung gestattet, so beweist sie damit nur ihre innere Unsicherheit und Schwäche. Meine Ausführungen stehen mit keinem einzigen Punkt des Parteiprogramms im Widerspruch. Im Gegenteil! Ich bin den für die Gründung der Partei als einer Sammelpartei maßgebenden Grundsätzen treu geblieben, während der Terror einer einseitigen Richtung die Partei umzugestalten sucht.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Dr. Düringer,

Wirklicher Geheimrat und badischer Justizminister a. D., M. d. R.

Uebertritt Dr. Düringers zur Deutschen Liberalen Volkspartei.

b. Berlin, 11. Sept. (Eig. Drahtber.) **Der Reichstagsabgeordnete Exzellenz Dr. Düringer ist zur Deutschen Volkspartei übergetreten und hat sich der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei angeschlossen.**

Badische Politik

Parteitag der badischen Zentrumspartei.

Villingen, 11. Sept. Unter starker Beteiligung fand hier der Parteitag der badischen Zentrumspartei statt. Präsident der Tagung war Dr. Kopf (Freiburg), der zunächst Reichskanzler a. D. Fehrenbach das Wort erteilte. Dieser führte aus, bei der Rückschau auf die Tätigkeit der Zentrumspartei sei die Mitarbeit am Staate als die größte Tat der Zentrumspartei zu bezeichnen. Heute gebe es keinen anderen Weg als den Dienst an der Republik. Die Heeresleitung müsse angeklagt werden, weil sie im Jahre 1917 die aussichtsreichen Friedensmöglichkeiten vernichtet habe. Die Führer des Heeres sollten froh sein, daße sie in aller Stille in einer Villa ihr Abendbrot essen können. Redner trat ein für die Mitarbeit mit der Sozialdemokratie, bei absoluter Verhinderung der sozialdemokratischen Endziele. Die Opposition von rechts müsse scharf bekämpft werden. Die Zentrumspartei müsse für die Wahrung der föderalistischen Grundlagen eintreten.

Im weiteren Verlauf des Parteitages wurde ein Telegramm des Reichskanzlers Dr. Wirth verlesen, der dem Parteitag seinen Gruß entbot und mitteilte, daß er durch die Verhandlungen mit der belgischen Vertretung in Berlin festgehalten werde. „Wenn wir treu zusammenstehen und wenn nicht Klasseninteressen uns innerlich zerreißen, werden wir die Einheit des Reiches und damit die Möglichkeit einer neuen Wohlfahrt des deutschen Volkes retten", heißt es am Schluß des Telegramms, das von dem Parteitag mit dem Gelöbnis der Treue sofort beantwortet wurde.

Reichstagsabg. Diez (Radolfzell) verbreitete sich über die Getreideumlage. Er verlangte von den Landwirten sowohl, wie von den Konsumenten, daß sie einander Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das Land müsse die Nöte der Städter erkennen, in der Preisfrage müsse man aber der Landwirtschaft Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Abg. Dr. Schofer sprach über die parlamentarische Arbeit der Reichs- und Landtagsfraktion und Rechtsanwalt Dr. Baur (Konstanz) über die Bedeutung der Gemeindewahlen.

Finanzminister Köhler erklärte, es sei notwendig, zum Schutz der führenden Männer aus der Reserve herauszutreten. Die Notlage der Festbesoldeten sei eine ungeheure. Bis zu der gegenwärtigen Stunde habe der badische Staat keine Schulden, aber für die nächste Zukunft sei für Optimismus kein Platz. Alle Stände müßten sich zu Mehrleistungen entschließen. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde der bekannte Geheimbericht des Generalkommandos des 14. A.K. als bodenlose Verleumdung bezeichnet; der Urheber eines solchen Berichts könne an der heutigen Regierung nicht mitwirken. Dr. Baur (Konstanz), der diese Ausführungen machte, forderte dann noch mehr aktive Beteiligung der Zentrumspartei bei der internationalen Friedensarbeit.

Mit einem dreifachen Hochruf auf das deutsche Vaterland und dem gemeinsam gesungenen Lied „Deutschland, Deutschland über alles" wurde der Parteitag geschlossen.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Kath. Kultus.

Der von seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Elzach ernannte Pfarrer Josef Heitz, seither Pfarrer in Eigeltingen, und der auf die Pfarrei Urberg ernannte Pfarrer Ludwig Fischer, seither Vikar in Bühl (Stadt), wurden am 6. August d. J. kirchlich eingesetzt.

Ernannt:

Direktor Dr. Hans Cramer an der Realschule in Karlsruhe zum Direktor der Kant-Oberrealschule daselbst, Realschuldirektor Dr. Wilhelm Kirsch in Schopfheim zum Direktor der Oberrealschule daselbst, Professor Heinrich Zamponi an der Oberrealschule in Mannheim zum Direktor der Realschule in Mannheim-Feudenheim, Lehramtspraktikant Dr. Friedrich Fischer von Gernsbach zum Professor an der Kant-Oberrealschule in Karlsruhe, Lehramtspraktikant Hans Klein von Straßburg zum Professor an der Kant-Oberrealschule in Karlsruhe, Lehramtspraktikant Edwin Fischerkeller von Hüfingen zum Professor an der Oberrealschule in Schopfheim, Lehramtspraktikant Dr. Theophil Frank von Achern zum Professor an der Oberrealschule in Schopfheim, Lehramtspraktikant Dr. Jakob Roemig von Edingen zum Professor an der Realschule in Mannheim-Feudenheim, Lehramtspraktikant Eugen Zeltner von Freiburg zum Professor an der Realschule in Mannheim-Feudenheim, Hauptlehrer Andreas Höchst von der Bürgerschule in Waldkirch zum Reallehrer an der Realschule daselbst.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Samstag ist meistens so ein Tag,
Den der Vater nicht leiden mag,
Es wirbelt der Staub, der Besen schwirrt,
Man irrt umher und wird verwirrt. —

Wie überall in seinen Versen, hat der unsterbliche Wilh. Busch auch hier wieder mit wenigen Worten das Richtige getroffen. Wie lästig empfindet der geplagte Familienvater die Unruhe, die mit dem allwöchentlichen Hausputz über das ganze Haus kommt! Die Hausfrau selbst kommt vielleicht noch weniger zur Besinnung; auf ihr liegt ja die Arbeit, allen Gegenständen ein sonntägliches Aussehen zu geben. Halb so schlimm wäre die ganze Unbequemlichkeit und Unruhe, verwendeten alle Hausfrauen die Vielen einfach unentbehrliche „Henko" Henkel's Wasch- und Bleich-Soda. Dieses Mittel reinigt schnell und gründlich alle Haushaltungsgegenstände aus Holz, Metall, Steingut, Emaille usw. — Türen, Wände, Tische, Kannen, Töpfe, Schüsseln, Teller, Bestecke und was es sei, alles was gescheuert und geputzt wird, reinigt Henko mit geringem Mühenaufwand und vollkommen, daß es in reinem Gewand erstrahlt zur Ehre und Zierde des Hauses.

Unsere liebe Mutter

Luise Schenkel

geb. Leber

wurde heute morgen im Alter von 73 Jahren von ihrem langen Leiden erlöst.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie **Adam Schenkel.**

Karlsruhe, den 11. September 1922.
Winterstraße 45.

Beerdigung: Donnerstag, den 14. Sept., vormittags 11 Uhr.

Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Trauer-Hüte

in jeder Preislage stets vorrätig

Geschw. Gutmann Ecke Kaiser u. Waldstr.

Trauerbriefe

jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung die

Tagblatt-Druckerei, Ritterstr. 1, Fernspr. 297

HAMBURG-AMERIKA LINIE
GEMEINSAMER DIENST MIT DEN
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Rastatt: Wilh. Graf, Bankgesch., Schiffstr. 9
KARLSRUHE: E. P. Hieke, Zigarren-Import, Kaiserstraße 215, bei der Hauptpost. Tel. 767.

Richard Freudenberg
Mitglied des Bad. Landtags
Sibille Freudenberg, geb. Sternberg
Vermählte
Karlsruhe, den 12. September 1922.

Statt Karten! September 1922.

Dora Holzmann
Dr. med. Ulrich Heinz
Facharzt für Lungenkrankheiten
Verlobte

Karlsruhe, Seminarstr. 5 — Stuttgart
Zu Hause: Mi., Do., Fr.

Privat-Tanzlehr-Institut
H. Vollrath, Sofienstraße 23.
Beginn neuer Kurse **September** und **Oktober.**
Gefl. Anmeldung 2—7 Uhr erbeten.

„Theba"
d. unübertreffl. Trocken-Feuerlöscher. Löscht alle Entstehungsbrände ohne Materialschad. Billigste Anschaffungskosten.
Feuerlösch-Probe Dienstag, 12. Septbr. nachm. 3½ Uhr, Durlacherallee (Platz gegenüber Lutherkirche).
Generalvertrieb:
Tornow.
Kornblumenstraße 2.
Untervertreter überall gesucht.

Technische Neuerungen!
Rat! Orientierung! Beistand! durch
Ing. C. Kleyer, Karlsruhe, Tel. 1303.
(42 Jahre Patentanwalt).

Verlag C. F. Müller, Karlsruhe (Baden)
Ritterstraße 1. Telephon 297.

Soeben ist erschienen:
Teil I der Handarbeitsunterrichtshefte der Frauenarbeitsschule Karlsruhe:

Wäscheanfertigung

mit Schnitten nach Körpermaßen.
Einfacher, klarer Aufbau für den Unterricht an Volks-, Höheren und Frauenarbeitsschulen.

Flick- u. Stopfarbeit

aller Art.

Neu bearbeitet von
J. Mayer, Vorsteherin M. Umhauer, Hauptlehrerin
an der Frauenarbeitsschule mit Seminar.
24 Seiten Text mit vielen Schnittmustern und anderen Arbeitsvorlagen.
Preis Mk. 30.— und Buchhändlerzuschlag.

Wir empfehlen außerdem:
Teil II **Das Maschinennähen** Mk. 10.—
„ III „ **Sticken** . . . . . „ 10.—
„ IV „ **Kleidermachen** . . „ 15.—
und Buchhändler-Teuerungszuschlag.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von uns.

Aus Baden

Besprechung der Ernährungslage.

Zwangswirtschaft. — Brotpreis. — Kartoffelversorgung. — Wucherbekämpfung.

t. **Karlsruhe,** 11. Sept. Im Sitzungssaal des Ministeriums des Innern fand heute vormittag eine Aussprache der Vertreter der Gewerkschaften, der Beamtenorganisationen, der Konsumvereine und der Vertreter der Städte mit den Vertretern der Regierung über die Ernährungslage statt.

Morgen folgt eine Sitzung mit den Vertretern der Landwirtschaft und denen des Groß- und Kleinhandels.

Der Minister des Innern, Remmele, eröffnete die Sitzung und erklärte, eine gemeinsame Sitzung zwischen den Erzeuger- und Verbraucherorganisationen und dem Handel würde in dem gegenwärtigen Stadium kaum zu einem greifbaren Ergebnis führen, eine Aussprache würde vielmehr nur zu gegenseitigen Vorwürfen führen, während das Ministerium die Stimmung und Meinung der einzelnen Bevölkerungskreise erkunden wolle, um daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Der Minister besprach eingehend die beiden in letzter Zeit abgehaltenen Ernährungskonferenzen in Berlin und Hamburg und wandte sich gegen die Stellungnahme sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer im Tabakgewerbe gegen das von der Reichsregierung verfügte Tabakeinfuhrverbot. Das Tabakgewerbe sei auf die Dauer von sechs Monaten mit Ueberseetabak eingedeckt und könne deshalb das Verbot wohl ertragen. Auf die Einfuhr ausländischen Getreides werden wir nicht verzichten können, denn die deutsche Ernte ist schlecht. Die Kartoffelernte fällt befriedigend aus.

Das Ergebnis der beiden Konferenzen faßte der Minister dahin zusammen, daß ja alles schön und gut sei, was in Hamburg und Berlin gesprochen worden sei, daß man aber damit der wirtschaftlichen Not effektiv nicht helfen könne. (Sehr richtig!) Die Lösung der schwierigen wirtschaftlichen und Ernährungsfragen liegt nicht in unserer Kraft, solange nicht das Reparationsproblem seine Erledigung gefunden hat. Nur durch die Schaffung einer aktiven Handelsbilanz können wir der Welt zeigen, daß wir leistungsfähig sind. Zugleich ist aber hervorzuheben, daß wir in unserer deutschen Wirtschaft weit besser stehen, als das Ausland glaubt, und als es in der deutschen Währung zum Ausdruck kommt. So wie sich die Verhältnisse entwickeln, wächst die Gefahr innerer Komplikationen Gerade die Organisationen müssen sich darüber klar werden, was folgen wird, wenn es uns nicht gelingt, die bevorstehende schwere Zeit zu meistern. Eine dreifache Erhöhung des Brotpreises ist unmöglich. Deshalb werden wir, trotz des Widerspruchs der Entente wieder zu einem politischen Brotpreis kommen. Der Minister betonte noch, daß ein Teil unseres Volkes heute auf dem gleichen Standpunkt stehe, wie gegen Beendigung des Krieges, nämlich: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“. Ein solcher Standpunkt sei völlig verkehrt und würde nur weiter in die allergrößten Schwierigkeiten hineinführen.

In der Aussprache führte Abg. Stock, Gewerkschaftssekretär in Heidelberg, aus, die Rede des Ministers habe ihn noch mehr enttäuscht als die beiden Konferenzen. Wenn die deutsche Regierung sich nicht dazu aufschwinge, das zu tun, was notwendig ist, so werden wir eine große Gefahr nicht abwenden können. Es geht nicht an, die Zwangswirtschaft für die notwendigen Lebensmittel aufzuschieben. Der Zuckerpreis wird nicht kontrolliert, und mit den Krankenattesten für Milch wird der größte Schwindel getrieben. Auch der allergrößte Teil der Arbeiterschaft wünscht die Einschränkung der Bierherstellung und der Tabakeinfuhr. Die ausgestellten Waren müssen mit Preisen gezeichnet werden.

Regierungsrat Pfisterer verbreitete sich über die Handelserlaubnis und erklärte, das Reichsgesetz, wie es jetzt bestehe, biete keine genügenden Maßnahmen, den Handel einzuschränken. Baden wolle, daß die Genehmigung zum Handel von wirtschaftlichen Gründen abhängig gemacht werde. Unlautere und unreelle Personen würden jetzt schon nicht mehr zum Handel zugelassen. Zur Ausübung des Kartoffelgroßhandels seien 150 Gesuche eingegangen, von denen 64 genehmigt wurden. Minister Remmele erklärte auf die Ausführungen des Abg. Stock, die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft würde die allergrößten Schwierigkeiten bereiten, und es würden damit Hoffnungen erweckt, die nicht zu erfüllen sind.

In der weiteren Aussprache übte Direktor Donner vom Konsumverein Durlach scharfe Kritik an der Gewinnmacherei des Exporthandels, vor allem der Margarinefabriken, unterderd er Kleinhandel stark leide. Oberstaatsander der Kleinhandel stark leide. Oberstaatsaneiner Wiedereinführung der Zwangswirtschaft sehr große Bedenken entgegenstünden. Ungemein schwer sei es, den Begriff des Wuchers zu definieren, ebenso in der Frage des Wiederbeschaffungspreises feste Richtlinien zu geben. Alle Erscheinungen des Preiswuchers und des wilden Handels würden verfolgt, das Publikum selbst müsse aber dazu erzogen werden, bei der Wucherbekämpfung mitzuwirken. Bürgermeister Dr. Horstmann sprach sich gleichfalls gegen die Zwangswirtschaft aus und hob darauf ab, wie sehr die schlechte Finanzlage den Städten die Versorgung der bedürftigen Bevölkerung erschwere. Die Regierung müsse den Städten helfen. Sodann forderte Hof-Karlsruhe Erzeugerrichtpreise für Kartoffeln und Obst.

Minister Remmele bezeichnete es als richtig, daß in der Finanzierung des Wintergeschäfts der Staat den Städten und Organisationen beispringen müsse. Die Festsetzung von Richtpreisen für Kartoffeln sei nicht möglich, weil Baden starkes Zuschußland sei. Unnötig sei es aber auch, den Kartoffelpreis dem Dollarstand anzugleichen Wenn die Maßnahmen der Regierung in der Kartoffelversorgung nicht zum Ziele führen, so bleibe nichts anderes als eine zwangsläufige Erfassung der Kartoffeln übrig.

Gegen Schluß der Aussprache wünschte Koch-Karlsruhe schärfere Strafen für Lebensmittelfälscher. Es müsse alles getan werden, um die Erregung in der Arbeiterschaft zu beseitigen. Direktor Ziegler verlangte eine Kontrolle der Kartelle, unter deren Diktatur die Gesamtbevölkerung leide und Abg. Rückert betonte, alle behördlichen Maßnahmen könnten ohne gleichzeitige Aenderung des Versailler Vertrages keine Besserung bringen.

*

t. **Radolfzell,** 11. Sept. Gestern fand in Radolfzell unter dem Vorsitz der Amtsvorstände von Konstanz eine von Erzeugern und Verbrauchern stark besuchte Versammlung statt, in der die Teuerung besprochen und folgende bindenden Vereinbarungen getroffen wurden: Für Spätkartoffel wurde ein Erzeugerpreis von 250 bis 300 Mark festgesetzt. Für die Brotversorgung soll die verhältnismäßig schlechte Getreideernte berücksichtigt werden und die Preise dem Ausfall der Ernte entsprechen. Richtpreise für Obst wurden festgesetzt, Mostobst 150 Mk., für reines Tafelobst bis 400 Mk. für den Zentner. Von der Regierung und von der Versammlung wurde gefordert: 1. Einführung eines Einheitsbrotes für die gesamte Bevölkerung, Verbot des gewerbsmäßigen Backens von Kuchen und Weißbrot. 2. Maßnahmen gegen die Verteuerung des Fleisches. 3. Strenge Bestrafung von Wucher und Schiebertum. 4. Verbot der Einfuhr von Luxuswaren. 5. Strenge Ueberwachung der Industrieproduktion, um Inlandware ihrer übermäßigen Verteuerung zu entziehen. 6. Der Landwirtschaft bei Beschaffung von Saatgut entgegen zu kommen. (Billige Frachtsätze.) 7. Erstellung und Einführung von Obst-Trocknungsanstalten. 8. Sicherstellung der Milchversorgung der Stadt. — Die Verbraucher und Erzeuger waren mit dieser Resolution einverstanden.

Tagung der Pflanzenzüchter.

t. **Freiburg,** 11. Sept. Der Verein der Badischen Pflanzenzüchter hatte auf gestern seine Hauptversammlung nach Freiburg einberufen, zu der auch Vertreter der Regierung, der Bad. Landwirtschaftskammer, des Badischen Bauernvereins und des Landw. Vereins erschienen waren. In Vorträgen wurde die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der Pflanzenzüchtung in Baden dargelegt, da dadurch ein wichtiges Mittel gefunden werde, um eine Ertragssteigerung der Feldfrüchte herbeiführen zu können. Abteilungsvorstand Meisner-Karlsruhe betonte zu dieser Frage, es würde volkswirtschaftlich zum größten Nutzen ausschlagen, wenn sich in jedem Bauerndorf einige Landwirte bereit fänden, Versuche mit bestimmten Getreide- oder Kartoffelsorten anzustellen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, für jede Gegend die ertragsreichsten Pflanzensorten herauszufinden. Saatzuchtinspektor Buß-Rastatt stellte fest, daß man in Baden mit den Versuchen, ertragsreiche Ackerpflanzen zu Versuchszwecken zu züchten, verhältnismäßig spät begonen habe. Die bisher erzielten Erfolge könnten aber befriedigen. Am Schluß der Sitzung wurde eine Entschließung gegen die Getreideumlage angenommen.

*

t. **Ettlingen,** 11. Sept. Der Zugang neuer Zöglinge zum Lehrerseminar hier ist in Anbetracht der Ueberfüllung des Lehrerberufs sehr schwach. Bis jetzt sind noch nicht 10 Zöglinge angemeldet worden. Wenn sich diese Zahl nicht wesentlich erhöht, wird in absehbarer Zeit mit der Schließung der Anstalt zu rechnen sein.

t. **Offenburg,** 11. Sept. Die Jagdpacht ist für das Jahr 1922 auf 70 000 ℳ festgesetzt worden. Das ist der 10fache Betrag vom vorherigen Jahr. Bei der Versteigerung dürfte ein noch höherer Preis erzielt werden.

t. **Bruchsal,** 11. Sept. Im hiesigen Bahnhof entgleiste gestern abend infolge falscher Weichenstellung eine Maschine mit zwei Wagen. Beide Hauptgeleise in der Richtung Karlsruhe waren dadurch auf einige Stunden gesperrt. Um 10 Uhr abends konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden. Verletzt wurde niemand. Der Materialschaden ist unbedeutend.

t. **Heidelberg,** 11. Sept. Die kürzeste Straßenbahnstrecke kostet jetzt 10 ℳ.

t. **Mannheim,** 11. Sept. Infolge falscher Weichenstellung fuhr ein von Dürkheim kommender Zug der Rhein-Hardtbahn einem anderen Zug in die Flanke. Ein Anhängewagen wurde dabei aus dem Gleise geworfen. Personen wurden nicht verletzt. — Der 71jährige Lokomotivführer Gustav Streicher wurde letzter Tage von einem Einspännerfuhrwerk überfahren und ist jetzt seinen schweren Verletzungen erlegen.

t. **Wiesloch,** 11. Sept. Nach einem dem hiesigen Gemeinderat zugegangenen Schreiben des Finanzministeriums wird die Nebenbahnstrecke Schatthausen—Meckesheim ab 1. Oktober vorläufig stillgelegt.

t. **Lörrach,** 11. Sept. Die Freien Gewerkschafts- und Angestelltenverbände haben gegen die Auswirkung der Teuerung von Stadt und Stadtrat folgende Abwehrmaßnahmen verlangt: Für die Sozialrentner sind sofortige durchgreifende Unterstützungsmaßnahmen durch Hinaufsetzung der Zuschüsse und Gewähren von Naturalien vorzunehmen, desgleichen an sonstige Minderbemittelte, Kleinrentner, Arbeitslose und kinderreiche Familien. Ferner ist eine Volksspeisung und eine Kinderschulspeisung wieder einzurichten. Für die Brennholzversorgung sind energische Maßnahmen zu treffen und umfassende Vorkehrungen zur Vorbereitung von Notstandsarbeiten für den Fall des Eintretens großer Erwerbslosigkeit bei Verschärfung der Wirtschaftskrise . Ferner sind zwischen den Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenschaft mit den Vertretern des Handels, der Landwirtschaft und des Gastwirtsgewerbes Verhandlungen über Preisfestsetzung, Warenverteilung usw. aufzunehmen.

t. **Vom Feldberg,** 11. Sept. Am gestrigen Sonntag kam es auf dem Feldberg zu Schneefällen, so daß abends in den höheren Regionen eine Schneeschicht bis zu 10 Zentimeter lag.

Aus dem Stadtkreise

90-Millionen-Mark-Anleihe der Stadt Karlsruhe. Zur Deckung der vom Bürgerausschuß genehmigten Ausgaben will die Stadt Karlsruhe eine Anleihe von 90 Millionen Mark aufnehmen.

Vom drahtlosen Telephonverkehr. Ab 1. September wurde der drahtlose Telephonverkehr im Bereich der Reichspostverwaltung endgültig eingeführt, nachdem die bisherigen Versuche ein günstiges Ergebnis gezeitigt hatten.

Beamtenschein für Schwerkriegsbeschädigte. Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlaß vom 25. Juli 1922 unter Aufhebung der bisher entgegenstehenden Bestimmungen angeordnet, daß der Beamtenschein (vorläufiger Ausweis an Stelle des Beamtenscheins) bei Erfüllung der Voraussetzungen auf Antrag auch solchen Schwerkriegsbeschädigten zu gewähren ist, die auf Grund des Anstellungsscheins nach § 17 des Mannschaftsversorgungsgesetzes von 1906 bereits planmäßig angestellt sind. Bestimmend hierfür waren die Vorschriften der neuen Anstellungsgrundsätze vom 26. Juli 1922; danach können Inhaber eines Beamtenscheins, die trotz Eignung für die Wahrnehmung einer Stelle höherer Besoldungsgruppen, d. h. bis einschließlich Besoldungsgruppe VII, in der Beamtenstelle einer niedrigeren Besoldungsgruppe planmäßig angestellt sind, sich bis zum Ablauf von drei Monaten nach Inkrafttreten der Anstellungsgrundsätze (1. September 1922) auch bei anderen Anstellungsbehörden noch um Stellen höherer Besoldungsgruppen bewerben und vormerken lassen.

Die Statistischen Monatsberichte der Landeshauptstadt Karlsruhe für das erste Vierteljahr 1922 sind erschienen. Der Inhalt ist folgender: 1. Zahl der Einwohner; 2. Bevölkerungsbewegung; 3. Gesundheitspflege; 4. Liegenschaftsverkehr, Bautätigkeit und Wohnungsmarkt; 5. Versorgung der Stadt mit Wasser, Gas, Elektrizität, Kohlen und Lebensmitteln (auch Preisstatistik); 6. Verkehrswesen; 7. Rechtspflege; 8. Städt. Spar- und Pfandleihkassen; 9. Krankenkassenstatistik; 10. Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge; 11. Städt. Kinderheim, Altersheim und Krippen; 12. Beratungsstelle für Säuglinge und Kleinkinder; 13. Fürsorgeamt; 14. Badewesen; 15. Der Stadtgarten; 16. Brandstatistik; 17. Bestattungswesen; 18. Städt. Steuern und Gebühren; 19. Die Benutzung der öffentlichen Säle. Anhang: Teuerungszahlen, allgemeine Uebersicht. Die Statistiken sind im Buchhandel erhältlich.

Gewerbeschule Karlsruhe (gewerbliche Fachschule). Wie aus dem Anzeigenteil hervorgeht, werden mit Beginn des nächsten Monats die beliebten und stets stark besuchten Abendfortbildungskurse für Gesellen, Gehilfen und Meisteranwärter wieder aufgenommen.

Eine Feuerlöschprobe mit dem Trockenfeuerlöscher „Theba“ findet heute Dienstag, 12. September, nachmittags 3½ Uhr, auf dem früheren Exerzierplatz an der Durlacher Allee, gegenüber der Lutherkirche, statt.

Veranstaltungen.

Stadtgartenkonzerte. Der ungünstigen Witterung wegen werden die im Stadtgarten üblichen Werktagskonzerte sowie die Abendkonzerte an den Sonntag-Abenden mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres eingestellt. An den Sonntag-Nachmittagen finden, gutes Wetter vorausgesetzt, die Stadtgartenkonzerte nach wie vor statt. Bei schlechtem Wetter fallen auch sie aus. Ihre Verlegung in die Festhalle kommt nicht mehr in Frage, da solche Konzerte, wie sich gezeigt hat, schlecht besucht zu werden pflegen.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 10. Sept.: Wilhelm Seitz, Eisenbahnassistent, Ehemann, alt 27 Jahre; Frdch. Olbert, Zugmeister a. D., Witwer, alt 80 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, 12. September 1922. 3 Uhr: Friedrich Olbert, Zugmeister a. D., Sternbergstr. 7.

Gerichtssaal

Als Geschworene für die nächste Tagung des Schwurgerichts Karlsruhe, die am 9. Oktober beginnt, wurden bestimmt:

1. Weber, Donatus, Buchdrucker in Pforzheim, 2. Zeumer, Adolf, Fabrikant in Karlsruhe, 3. Eisele, Karl, Maschinenmeister in Bruchsal, 4. Fend, Karl, Bijouteriefabrikant in Pforzheim, 5. Felß, Julius, Maschinenfabrikant in Pforzheim, 6. Buch, Walter, Major a. D. in Scheuern, 7. Scholl, Robert, Bijouteriefabrikant in Pforzheim, 8. Kinzinger, Adolf, Bijouteriefabrikant in Pforzheim, 9. Westermann, Wilhelm, Landwirt in Bischweier, 10. Däubler, Friedrich, Sattlermeister in Karlsruhe, 11. Feiler, Andreas, Briefträger in Pforzheim, 12. Blechner, Karl, Gymnasialprofessor in Rastatt, 13. Stöhrer, Josef, Maler in Ettlingen, 14. Grimmer, Ludwig, Schreiner in Bruchsal, 15. Hahn, Ludwig, Werkmeister in Gaggenau, 16. Ubbelohde, Dr. Leo, Professor in Karlsruhe, 17. Vetter, Richard, Professor in Pforzheim, 18. Tretter, August, Major a. D. in Karlsruhe, 19. Schmitt, Ewald, Verleger der Bruchsaler Zeitung in Bruchsal, 20. Luttinger, Franz Xaver, Postinspektor in Baden, 21. Hornung, Josef, Landwirt und Bürgermeister in Oetigheim, 22. Vogel, Max, Gärtnereibesitzer in Baden, 23. Keuerleber, Jakob, Maler in Niefern, 24. Kolb, Heinrich, Sattlergehilfe in Kuppenheim, 25. Hölz, Emil, Schneidermeister in Au a. Rh., 26. Glatz, Michael, Fabrikwerkzeugschlosser in Durlach, 27. Amann, Franz, Maurermeister in Illingen, 28. Beck, Josef, Hauptlehrer in Durlach, 29. Schloßberger, Max, Großkaufmann in Bruchsal, 30. Erb, Gustav, Sekretär, Karlsruhe.

Tagesanzeiger.

Dienstag, den 12. September 1922.

Bad. Landestheater: (Violetta (La Traviata)“. 7—½10 Uhr abends.

Stadtgarten: Konzert. Abends 8—11 Uhr. (Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.)

Colosseum: Varieté. Abends 8 Uhr.

Vom Wetter

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Unter dem Einfluß des Tiefdruckgebietes über Italien dauert in Süddeutschland das kalte, meist trübe und regnerische Wetter an. Auf dem Hochschwarzwald sanken nachts die Temperaturen fast auf den Gefrierpunkt herab. Ueber dem Nordmeer ist ein neuer Sturmwirbel erschienen, der die Witterung Mitteleuropas zunächst nicht beeinflussen wird. — Süddeutschland bleibt im Bereiche des italienischen Tiefdruckgebietes, so daß das kühle, meist trübe Wetter auch morgen andauern wird.

Wetteraussichten für Dienstag, 12. September: Meist trüb, in der Ebene meist trocken, im Gebirge geringe Regen, kühl, nördliche bis östliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	11. September		10. September
Schusterinsel	2.30 m		2.29 m
Kehl	3.18 m		3.26 m
Maxau	4.09 m		5.05 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5.05 m
„	— m	abends 6 Uhr	5.04 m
Mannheim	4.12 m		4.21 m

Aus Kurorten.

Herrenalb. Die Zahl der Fremden betrug bis zum 7. September 7534.

Eis-Pulver
gebrauchsfertig-verschiedene Geschmacksarten
Lactowerk, Horchheim bei Worms.

Die Sehnsucht nach Energie!

Ist es nicht beschämend und niederdrückend zugleich, wenn man seine eigenen Vorsätze aus Mangel an Energie nicht achtet? Und doch ist dies meist nur ein Zeichen schwacher Nerven!

Der Nervöse ist verdrießlich, wankelmütig, ungerecht gegen sich und andere. Gerade die ihm nahestehen, haben am meisten darunter zu leiden. Das Familienleben wird getrübt. Im Beruf kommt er nicht vorwärts, weil ihm das Zutrauen zu sich selbst fehlt: sowie Ausdauer und fester Wille. Deswegen ist der Nervöse stets im Nachteil. Wo der Energische zielbewußt, klar und ruhig handelt zu seinem Vorteil, da schwankt der Nervöse hin und her oder übereilt sich hastig zu eigenem Nachteil. Die schlechten Folgen ärgern und entmutigen ihn. Um so mehr beneidet er seinen energischen Mitbewerber.

Aber niemand sollte es so weit kommen lassen, bis seine Sehnsucht nach Energie in Neid sich verwandelt.

Jeder kann sich die Nerven kräftigen und seine Energie wirksam anregen. Wie Salz und Gewürz den Appetit anregen, so Kola Dultz die Energie. Das Blut strömt danach schneller und leichter durch die Adern und versorgt das Gehirn besser. Dadurch allein schon fühlt man sich verjüngt und gekräftigt. Aber die Nerven werden durch Kola besonders angeregt.

Kola-Dultz wirkt auch so außerordentlich schnell, schon nach wenigen Minuten verspüren Sie ein Gefühl des Wohlbehagens, der Stärkung, ja, der neuerwachten Energie. Hochtouristen und Forschungsreisende haben es verwendet zur Ueberwindung großer Strapazen oder um sich neuen Mut einzuflößen, wenn sie vor Ermüdung zusammenzubrechen glaubten.

Berühmte Aerzte vieler Länder verwenden es für sich selbst und geben es ihren Patienten. In vielen wissenschaftlichen Arbeiten ist Kola-Dultz empfohlen worden.

Kola-Dultz bringt Lebensmut und Schaffenskraft sowie das Gefühl der Jugend mit seiner Tatkraft und Energie, die Erfolg und Glück verbürgen

Nehmen Sie Kola-Dultz eine Zeitlang. Ihre Nerven werden frischer. Mißmut und Mattigkeit verlieren sich. Ihr Selbstbewußtsein erstarkt und Energie erfüllt Sie.

Tausende kaufen Kola-Dultz täglich, auch Sie können es aus fast jeder Apotheke beziehen. Doch ehe Sie einen Pfennig ausgeben, sollen Sie sich auf meine Kosten von der Wahrheit der hier Gesagten überzeugen. Deshalb möchte ich Ihnen gern vorher ein genügendes Quantum zu einem ausreichenden Versuch ganz umsonst übersenden. Ein so gutes und harmloses Mittel braucht keine Prüfung zu scheuen. Sie erhalten umgehend eine kleine Schachtel Kola-Dultz umsonst und portofrei.

Senden Sie gleich den Gratis-Bezugsschein ein! Schicken Sie ihn an mich als Drucksache im offenen Kuvert. Auf der Rückseite des Kuverts schreiben Sie recht deutlich und genau Ihre Adresse. Dazu genügen 50 Pfg. als Porto. Eine Postkarte dagegen kostet 1.25 Mark.

— — — — — — — — — — — —

Gratis-Bezugschein: An E. Schwarz, priv. Apotheke, Berlin A 547. Friedrichstraße 19. Senden Sie mir gratis und franko ein genügendes Quantum Kola-Dultz zum Versuch nebst dem aufklärenden Büchlein.

— — — — — — — — — — — —

Kola-Dultz ist in allen Apotheken zu haben, insbesondere in Karlsruhe in den Niederlagen: Hilda-Apotheke, Internationale Apotheke.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 11. September (abends).

Belgien	**11000**	**Schweiz**	**29000**
Paris	**11700**	**London**	**6725**
Neuyork	**1500**	**Italien**	—
Holland	**59000**		

Tendenz: abgeschwächt.

Von den Börsenplätzen.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim**, 11. Sept. (Drahtber.) Die heutige Börse verkehrte in ziemlich fester Haltung. Zur Notierung gelangten Umsätze in Anilin zu 1580 Prozent, Benz 610, Gebr. Fahr 755, Heddernheimer Kupfer 710, Mannheimer Gummi 785 und in Zellstoff Waldhof zu 945 Prozent. Sonstige Notierungen: Rhenania 1070 Geld, 1100 Brief, Westeregeln 2100 Geld, Mannheimer Versicherungsaktien 2075 Geld, Dampfkessel Rodberg 750 Geld, Rhein Elektra 425 Geld, Salzwerk Heilbronn 1300 Geld, Zuckerf. Frankenthal 870 Geld und Zuckerf. Waghäusel 870 Prozent.

Mannheimer Produktenbörse.

K. **Mannheim**, 11. Sept.

Der Verkehr an dem heutigen Produktenmarkt hielt sich in mäßigen Grenzen, wozu in erster Linie neuerliche Steigerung der Devisenkurse den Anlaß gab. Die Forderungen für Brotgetreide gehen infolge der großen Qualitätenunterschiede, die die diesjährigen Halmfrüchte zeigen, weit auseinander. Für Weizen schwankten die Preise zwischen 6400—6600 M., für Roggen zwischen 4750—5000 M., für die 100 kg, bahnfrei Mannheim und zwar für diesjährige Ernte, während die Preise für vorjährige oder Auslandsware noch höher stehen. Alter Roggen wurde mit 5300 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim bewertet. Große Unterschiede in den Forderungen bestehen für Gerste, da darin viele Partien angeboten werden, die durch Nässe beschädigt sind; je nach Beschaffenheit der Gerste aus diesjähriger Ernte werden 5200—5600—6000 Mark verlangt. Mais ist im Preise seit Ende der Vorwoche stark gestiegen und kostet heute bahnfrei Mannheim 5800—6000 M. die 100 kg. Auch die Mehlpreise stellen sich wesentlich höher. Die direkten Forderungen lauten auf 9700 M., wogegen aus zweiter Hand Angebote zu 9000—9200 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen vorliegen. Kleie wird mit 300—3200 M. die 100 kg genannt. Für Reis forderte man heute, je nach Qualität, 10 000—11 000 Mark für die 100 kg, bahnfrei Mannheim.

Amtl. Notierungen: Mais, amerik. 5700, Weizen, loco 6000—6200, Hafer, neuer, 4800—6300, Braugerste 5600—6000, Biertreber 3200, Kleie 3200, Wiesenheu 1600—1700, Rotkleeheu 1800—1850, Luzerne 1850—1900, Preßstroh 1100—1200, gebundenes Stroh 900—950, Reis 10 000—12 000. Tendenz: unregelmäßig.

Frankfurter Börse.

Abwartende Haltung. — Dollar höher: 1675—1600. — Effekten ruhig:

w. **Frankfurt a. M.**, 11. Sept.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen führten infolge der belgischen Bedenken in der Frage der Schatzwechsel zu einer Unterbrechung. Ob ein Erfolg erzielt werden wird und in welcher Form eine Verständigung zustande kommt, dafür hat man augenblicklich noch keinerlei Anhalt. Die Börse nimmt in dieser Angelegenheit eine abwartende Haltung ein.

Diese Auffassung spiegelte sich zunächst auch in der Entwicklung des Dollarkurses wider, der sich in den Morgenstunden auf ca. 1600 gestellt hatte und im Verlauf mit 1675—1550 genannt wurde, und sich bei Börsenbeginn auf 1600 bewegte.

Der Effektenmarkt lag ruhig mit Ausnahme einiger Spezialpapiere. Chemische Werte fest bei lebhafter Nachfrage, Scheideanstalt, Rütgerswerte erhielten ansehnliche Kurserhöhungen. Von Auslandswerten waren Türkenwerte stärker gesucht. Zolltürken, Bagdad II anziehend. Ungarn Goldrente fanden weitere Beachtung, desgleichen Monastir und Lombardprioritäten. Scheidemantel und Rheinstahl fanden mehr Beachtung. Auch Gelsenkirchen und Buderus waren befestigt. Schiffahrtsaktien wie Norddeutscher Lloyd zeichneten sich durch regere Kauflust aus. Unter Schwankungen litten anfangs Maschinenfabrik Eßlingen, Adlerwerke Kleyer, Neckarsulmer, Daimler. Zuckerfabrikaktien gebessert. Fest Zement Heidelberg. Elektrizitätsaktien zogen vorwiegend an. Es gewannen bei erster Notiz Lahmeyer 50 Prozent, Siemens & Halske 30 Proz., Bergmann 25 Prozent. Felten & Guilleaume büßten 40 Proz. ein. Blei- und Silberhütte Braubach lagen im Angebot, Hammersen besser. Metallgesellschaft Frankfurt a. M. sehr gefragt. Große Nachfrage bestand für Ufa 385, Becker Stahl 750, Becker Kohlen 600, Benz 610. Inag 395, Mansfelder Aktien 655.

Die Tendenz des Einheitsmarktes für Industriewerte zeige ein festeres Gepräge.

Berliner Börse.

Beunruhigung. — Dollar 1600. — Industrieaktien höher.

[illegible] niedriger einsetzten und dann weitere 100 Prozent verloren. Von chemischen Werten waren Farbwerte lebhaft und teilweise über 100 Prozent höher, so A.-G. für Anilinfabrikation, Badische Anilin, Elberfelder Farben, die sich 100—200 Prozent höher stellten. Auch Anglo Guano, chemische Griesheim und Köln-Rottweiler erzielten 100 Proz. übersteigende Gewinne. Sonstige Industriepapiere begnügten sich mit geringeren Erhöhungen. Das Geschäft war im allgemeinen ohne besondere große Ausdehnung, da die Unklarheit über die Folgen der politischen Ereignisse zur Zurückhaltung mahnte und ferner neue Nachrichten die Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Reparationsfrage erwarten lassen.

Recht umfangreich gestaltete sich die Aufwärtsbewegung der ausländischen Renten unter Bevorzugung von Türken und Mexikanern. Ungarische Goldrente gewannen annähernd 400 Prozent. Bankaktien zeigten eine festere Haltung. Schiffahrtsaktien meist etwas gebessert. Inländische Anleihen zeigten sich fest. 3 Proz. Reichsanleihe stiegen auf ausländische Käufe um 25 Prozent.

Industrien / Handel / Verkehr.

Industrien.

Kompaß, Transport- und Rückversicherungs-A.G. in Mannheim. Die Gesellschaft erzielte im vergangenen Geschäftsjahre an Prämieneinnahmen 4 025 041 und an Zinsen 21 613 Mark. Schadenzahlungen erforderten 146 278 und Rückversicherungsprämien 2 764 917 Mark. 24 418 Mark werden abgeschrieben und 650 000 Mark der Schaden- und Prämienreserve zugeführt. Nach Abzug der Unkosten ergibt sich ein Reingewinn von 77 697 Mk. aus dem eine Dividende von 6 Proz. pr. r. t. verteilt wird. Der Rest von 31 431 Mk. kommt auf neue Rechnung. Der gesamte Aufsichtsrat trat zurück. Neugewählt wurden die Herren Fabrikant Dr. jur. Oskar Faber-Heidelberg als Vorsitzender und Kaufmann Alfred Wehinger als stellvertretender Vorsitzender. Des weiteren wurden 11 Beisitzer gewählt, deren Namen noch veröffentlicht werden.

Märkte.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 11. September. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 7300—7500 M., vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 7000—7300 M., junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 6700—7000 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 6300—6700 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts 6500—6800 M., vollfleischige, jüngere 6200—6500 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 5900—6200 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 7300—7500 M., gut entwickelte Färsen 6900—7300 M., mäßig genährte Färsen 6600—6900 M., gering genährte Kühe 3400—3800 M.

Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 7800—8000 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 7600—7800 M., geringere Saugkälber 7300 bis 7600 M.

Schweine, vollfleischige, von 120—150 kg Lebendgewicht 12 500—13 000 M., vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 12 300—12 500 M., vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 12 100 bis 12 300 M., vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 12 000—12 100 M., Sauen 11 900—12 000 M.

Zufuhr: 207 Stück: Ochsen 25, Bullen 31, Kühe 10, Färsen 54, Kälber 16, Schweine 71 Stück.

Tendenz: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt.

Schweinemarkt in Durlach vom 9. September. Der Markt war befahren mit 218 Läuferschweinen und 189 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 196 Läuferschweine und 189 Ferkelschweine. Preis per Paar Läuferschweine 5000—8000 Mark, Ferkelschweine 3200—4700 Mark.

Viehmarkt in Mannheim. Amtl. Bericht vom 11. September. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 7800—8200 M., vollfleischige ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 7200—7600 M., junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 6400—7000 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 5600—6400 M.

Bullen, vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 6600—7000 M., vollfleischige, jüngere 6000—6600 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 5600—6200 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 7800—8200 M., vollfleischige, ausgemästete Kühe, höchst. Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 7000—7600 M., ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 6400—6800 M., mäßig ernährte Kühe und Färsen 5200—6200 M., gering ernährte Kühe und Färsen 4400—5000 M.

Kälber, feinste Mastkälber 9200—9600 M., mittlere Mast- und beste Saugkälber 9000—9400 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 8800—9200 M., geringere Saugkälber 7800—8400 M.

Schafe, Mastlämmer und geringere Masthammel 5600—6000 M., ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte Schafe (junge) 5200 bis 5600 M., mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 4800—5200 M., Mastlämmer 4600—5000 M., geringere Lämmer und Schafe 4400—4800 M.

Schweine, Fettschweine über 150 kg Lebendgewicht 14 400—14 800 M., vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 14 200—14 400 M., vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 14 000—14 400 M., vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 13 800 bis 14 200 M., vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 13 400—13 800 M., Sauen 13 000—14 000 M.

Zufuhr: Ochsen 283, Bullen 326, Kühe und Färsen 920, Kälber 247, Schafe 116, Schweine 529 Stück.

Tendenz: Marktverlauf mit Großvieh ruhig, nicht geräumt, mit Kälber lebhaft, ausverkauft, mit Schafen lebhaft, geräumt, mit Schweinen mittelmäßig, kleiner Ueberstand.

Der große Herbst-Pferdemarkt in Mannheim findet am 17. und 18. d. Mts statt.

Leinsaat. Buenos-Aires für Monat September 18,95 (18,85) argentinische Pesetas, Buenos-Aires für Monat Oktober 18,45 (18,70) argentinische Pesetas, Rosario für Monat September 18,45 (18,35) argentinische Pesetas.

Leinöl. Preis ab Holland, garantiert reines, rohes Oel, per 100 kg, inkl. Holzfaß, Originaltara, Abgangsgewicht, fob oder bahnfrei, prompt 44,25 (44,25) fl.. Mitte September 44.— (44.—) fl., Ende September 43,75 (43,75) fl., Oktober 43,25 (43,25) fl. Oktober-Dezember 42,25 (42,25) fl., November-Dezember 41,75 (41,75) fl. Preis ab Niederrhein infolge starker Kursschwankungen nicht fixierbar.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	8. Sept.	11. Sep.
Badische Bank	—.—	—.—
Darmstädter Bank	320.—	315.—
Deutsche Bank	570.—	575.—
Diskonto Commandit	420.—	420.—
Dresdener Bank	350.—	349.—
Mitteld. Creditbank	314.—	332.—
Oesterr. Länderbank	—.—	—.—
Pfälzische Bank	—.—	60.—
Rheinische Creditbank	245.—	245.—
Südd. Diskonto-Ges.	330.—	320.—
Wiener Bankverein	188.—	188.—
Württbg. Notenbank	—.—	690.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	2250.	2300.
Gelsenkirchen	2590.	2290.
Harpener	5000.	5000.
Laurahütte	—.—	3350.
Aschaff. Zellstoff	1020.	1040.
Grün & Bilfinger	735.—	775.—
Zementw. Heidelberg	1075.	1150.
Bad. Anilin	1480.	1550.
Scheideanstalt	4045.	1568.
Höchster Farben	1100.	1200.
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	540.—	590.—
Gebr. Junghans	520.—	526.—
Adler & Oppenheimer	1800.	2000.
B. Masch. Badenia	580.—	550.—
Maschfabr. Durlach	800.—	930.—
Maschfabr. Gritzner	1530.	1477.
Haid & Neu	825.—	821.—
Maschfabr. Karlsruhe	830.—	915 rat
Oberursel	650.—	—.—
Schlinck & Co.	—.—	1950.
Schuhfabrik Herz	580.—	595.—
Elsässer Baumwolle	830.—	1028.
Spinnerei Ettlingen	1400.	1540.
Uhrenfabr. Furtwang.	769.—	770.—
Waggon-Fabrik Fuchs	698.—	650.—
Zellstoff Waldhof	945.—	930.—
Zuckerfabr. Waghäusel	825.—	875.—
Zuckerfabr. Frankenth.	830.—	870.—
Benz Motoren	600.—	610.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	895.—	920.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	8. Sept.	11. Sep.
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	—.—	—.—
5% III „ „	100.10	100.25
4½ IV—V „	85.25	85.—
4½ VI—IX „	72.—	72.—
4½ 1924er „	91.70	91.50
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	239.—	232.—
3½% „ „	146.—	144.—
3% „ „	445.—	468.—
Deutsche Prämienanl.	79.—	79.—
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	98.60	98.60
4% Preußische Konsols	87.10	87.—
3½% „ „	79.25	75.50
3% „ „	98.50	97.—
4% Bad. Staatsanl. 08/14	74.—	75.50
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	560.—	650.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	7875.	—.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	2680.	—.—
Deutsch-Australien	700.—	725.—
Hamburger Paketfahrt	630.—	641.—
Hambg.-Südamerika	1480.	1390.
Hansa D.-Schiffahrt	526.—	550.—
Norddeutscher Lloyd	480.—	499.75
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	1300.	1475.
Darmstädter Bank	320.—	320.—
Deutsche Bank	690.—	695.—
Diskonto-Commandit	428.—	430.—
Dresdener Bank	347.—	350.—
Nationalbank	—.—	—.—
Oesterr. Credit	256.—	—.—
Reichsbank	288.—	280.—

Industrie-Papiere	8. Sept.	11. Sep.
Accumulatoren	1701.	1725.
Adlerwerke	580.—	581.—
Alexanderwerke	500.—	530.—
A. E. G.	750.—	775.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	2175.	2375.
Augsburg-Nürnberg	1350.	1370.
Badische Anilin	1430.	1610.
Bergmann Elektrizität	675.	710.—
Berl. Anh. Maschinen	599.—	685.—
Berliner Maschinen	1760.	1760.
Bing Nürnberg	559.—	589.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	2180.	—.—
Gebrüder Böhler	—.—	2700.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	1183.	1280.
Chem. Griesheim	1025.	1150.
Chem. Albert	1725.	1675.
Daimler Motoren	489.—	499.—
Dessauer Gas	630.—	621.—
Deutsch-Luxemburg	2125.	2200.
D. Eisenbahn S. W.	500.—	540.—
Deutsch Erdöl	2990.	2990.
Deutsches Kali	2021.	2075.
Deutsche Waffen	2430.	2548.
Deutsch Eisenh.	680.—	700.—
Dynamit Trust	930.—	975.—
Elberfelder Farben	1106.	1290.
Eschweil. Bergwerke	1375.	1440.
Feldmühle Papier	844.—	805.—
Felten & Guilleaume	960.—	1100.
Filter Brautechnik	1850.	1850.
Gaggenau	740.—	720.—
Gasmotoren Deutz	840.—	836.—
Gelsenkirchen	2225.	2300.
Genschow	675.—	703.—
Goldschmidt	1200.	1270.
Gritzner Maschinen	1535.	1525.
Hannover Maschinen	4400.	4295.
Hannover Waggon	780.—	760.—
Harpener	4975.	5100.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	941.—	965.—
Höchster Farben	1030.	1180.
Hösch Eisen	2395.	2525.

	8. Sept.	11. Sep.
Hohenlohe	1750.	1840.
Kali Aschersleben	1490.	1550.
Maschfabr. Karlsruhe	850.—	924.—
Ver. Köln.-Rottweil	1026.	1090.
Kostheimer Cellulose	750.—	600.—
Kyffhäuser	550.—	574 —
Lahmeyer Co.	448.—	450.—
Laurahütte	3400.	3125.
Lindes Eismaschinen	775.—	720.—
Ludwig Löwe	1330.	1300.
Lothringer Zement	—.—	800.—
Mannesmann	1640.	1699.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	1046.	1095
Oberschl. Eisenindustr.	915.—	940.—
Oberschl. Kokswerke	1765.	1850.
Orenstein & Koppel	1530.	1550.
Phönix Bergwerke	2800.	2874.
Rheinisch Metall	450.—	435.—
Rheinisch Stahl	1950.	2075.
Rombacher Hütte	1000.	1045.
Rütgerswerke	851.—	945.—
Sachsenwerke	625.—	647.—
Schuckert & Co.	1020.	1090.
Siemens & Halske	1680.	1740.
Sinner Brauerei	640.—	655.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	2250.	2425.
Stollberger Zink	1980.	1988.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	885.—	800.—
Vereinigt. D. Nikel	1710.	1790.
Vereinigt. Glanzstoff	3110.	3008.
Vereinigt. Stahl Zypen	6500.	6700.
Wanderer Fahrrad	1775.	1810.
Westeregeln Alkali	1960.	2100.
Zellstoff Waldhof	920.—	939.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2800.	2800.
Pomona	40000.	42000.
Kollmar & Jourdan	1825.	1925.
Hacketal Draht	592.—	612.80
Lothringer Hütten	1975.	1875.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 11. September.

	9. Sept. Geld	9. Sept. Brief	11. Sept. Geld	11. Sept. Brief
Brüssel	10239.70	10260.30	11363.60	11386.40
Holland	53946.—	54054.—	61338.60	61461.40
London	6168.80	6181.20	6968.—	6982.—
Paris	10539.30	10560.70	11988.—	12012.—
Schweiz	26073.90	26126.10	29545.40	29604.60
Spanien	21453.50	21496.50	23976.—	24024.—
Italien	5969.—	5981.—	6618.30	6631.70
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	29370.60	29429.40	32817.10	32882.90
Norwegen	22577.40	22622.60	25424.50	25475.70
Schweden	36063.90	36136.10	40359.60	40440.40
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	1378.60	1381.40	1525.90	1529.10
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.71	1.75	1.93	1.97
Budapest	63.43	63.57	63.93	64.07
Prag	4495.50	4504.50	5054.90	5055.10

w. Berlin, 11. September.

	8. Sept. Geld	8. Sept. Brief	11. Sept. Geld	11. Sept. Brief
Amsterdam	56030.—	56070.—	59925.—	60075.—
Brüssel	10611.70	10638.30	11185.—	11214.—
Christiania	23770.25	23829.75	25767.75	25832.25
Kopenhagen	30661.60	30738.40	32953.75	33041.25
Stockholm	38052.35	38147.65	40948.75	41051.25
Helsingfors	2946.30	2953.70	3465.65	3464.35
Italien	6292.10	6307.90	6641.65	6658.35
London	6411.95	6428.05	6866.40	6883.60
Newyork	1423.21	1426.79	1528.07	1541.93
Paris	11186.—	11240.—	11785.25	12814.75
Schweiz	27340.75	27409.25	29163.50	29236.50
Spanien	22222.15	22277.85	23670.35	23799.65
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.75½	1.79½	1.95½	1.99½
Prag	4669.15	4680.85	5293.35	5306.65
Budapest	63.92	64.01	—.—	—.—
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	848.90	851.10	998.75	1001.25
Buenos-Aires	521.32½	522.67½	556.80	558.20
Japan	689.10	690.90	739.05	740.95
Rio de Janeiro	189.76	190.24	201.74	202.26

Abenddevisen.

Frankfurt, 11. September.

Brüssel	11000	Paris	11700
Holland	59000	Italien	—
London	6725	Neuyork	1500
Schweiz	29000		

Tendenz: abgeschwächt

w. Zürich, 11. September.

	9. Sept.	11. Sep.
Holland	205.—	205.15
Deutschland	0.38½	0.33½
Wien	0.00¾	0.00¾
Prag	17.50	17.60
Paris	40.85	40.50
London	23.53	23.50
Italien	22.85	22.70
Brüssel	38.65	38.50
Budapest	0.22	0.23
Newyork	525.—	527.50
Agram	1.60	1.65
Warschau	0.07¾	0.07½
Kopenhagen	112.50	112.60
Stockholm	139.75	140.—
Christiania	88.—	88.—
Madrid	81.60	81.60
Buenos-Aires	191.—	191.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	530—665	575—605
Schweiz	259—325	270—300
Paris	105—130	115—125
Belgien	100—123	110—120
London	6100—7600	66½—70½
Neuyork	1375—1700	1470—1550
Italien	60—75	66—68
	Tendenz: fest anziehend	Tendenz ruhig.